

Rebellion der Jugend | Zündstoff Wasser

Liebe Leserinnen und Leser,

Jerusalem hat mehr Niederschläge als Berlin. Die Wassermenge in Palästina ist nicht das Problem. Das Problem ist die ungerechte Verteilung und der mangelnde Zugang für Palästinenser zu diesem lebenswichtigen Gut. In dieser Situation kümmert sich die Bundesregierung vor allem um das Abwasser, erläutert Bundesentwicklungshilfeminister Dirk Niebel gegenüber dem Palästina Journal. Lesen Sie zu unserem Wasserschwerpunkt die Seiten 4 und 5.

Ihre Redaktion

Im Dorf Qarawat Beni Zeid in der Westbank. 30. Juli 2009. Nach Angaben der Weltbank haben die Palästinenser eingeschränkten Zugang zu Trinkwasser. Der geschätzte Verbrauch liegt weit unter internationalen Standards.

Foto: Yotam Ronen/Activestills.org



Inhalt

Dokumentation: Manifest der Gaza Jugend	Seite 1
Kurzmeldung aus Palästina	Seite 2
Deutsche und EU-Nahostpolitik	Seite 2
Kommentare	Seite 3
Veranstaltungen	Seite 3
Titel: Zündstoff Wasser	Seite 4
Weltweite Solidarität	Seite 6
Webseiten	Seite 6
Bücher und Filme	Seite 7
Kunst	Seite 8
Projekt	Seite 8
Impressum	Seite 8

„Wir wollen frei sein, wir wollen leben, wir wollen Frieden.“

Junge Generation erzwingt Fatah/Hamas Versöhnung

Was hat die beiden großen miteinander verfeindeten palästinensischen Parteien Fatah und Hamas zur Versöhnung bewegt? Es waren die demonstrierende Bevölkerung in den besetzten Gebieten, die für nationale Einheit hungerstreikenden Studenten in Ramallah, aber auch eine Gruppe Studierender aus Gaza mit ihrem Manifest vom Januar 2011.

Nachdem ihr Jugendzentrums geschlossen wurde und die Proteste dagegen brutal niedergeschlagen wurden, forderten sie ihre Regierung heraus: Es muss sich was ändern!

Manifest der Jugend von Gaza

"Fuck Hamas. Fuck Israel. Fuck Fatah. Fuck UN. Fuck UNWRA. Fuck USA! Wir, die Jugend von Gaza haben die Schnauze voll von Israel, der Hamas, der Besatzung, den Menschenrechtsverletzungen und der Gleichgültigkeit der Internationalen Gemeinschaft! Wir würden am liebsten schreien und diese Mauer des Schweigens, der Ungerechtigkeit und der Gleichgültigkeit durchbrechen, wie die israelischen F16 die Schallmauer; schreien mit der ganzen Kraft unserer Seele, um die gigantische Frustration rauszulassen, die uns in der beschissenen Situation, in der wir leben, innerlich verzehrt; wir sind wie Läuse zwischen zwei Fingernägeln, leben in einem Albtraum innerhalb eines Albtraums, da ist kein Raum für Hoffnung, kein Raum für Freiheit. Wir haben es satt, in diesen politischen Auseinandersetzungen festzustecken; haben die pechschwarzen Nächte satt, in denen Flugzeuge über unseren Häusern kreisen; haben es satt, dass unschuldige Bauern in der Pufferzone abgeknallt werden, weil sie ihr Land bestellen; haben die bärtigen Typen satt, die überall rumrennen und ihre Macht missbrauchen und junge Leute verprügeln oder einsperren, die für das auf die Straße gehen, woran sie glauben; wir haben die Mauer der Schande satt, die uns vom Rest des Landes abschottet und uns in einem

winzigen Fleckchen Land einsperrt; wir haben es satt, als Terroristen dargestellt zu werden, als hausgemachte Fanatiker, die Taschen gefüllt mit Sprengstoff und die Augen voller Hass; wir haben die Gleichgültigkeit satt, mit der die Internationale Gemeinschaft uns begegnet, die sogenannten Experten in der Formulierung von Betroffenheit und in der Verabschiedung von Resolutionen, aber Feiglinge, wenn es darum geht, irgendwas von dem, was sie beschließen, auch umzusetzen; wir haben die Schnauze gestrichen voll davon, ein beschissenes Leben zu führen, von Israel gefangen gehalten, von der Hamas verprügelt und vom Rest der Welt total ignoriert zu werden.

In uns wächst eine Revolution heran, eine riesige Unzufriedenheit und Frustration, die uns zerstören wird, wenn wir keinen Weg finden, diese Energie in etwas umzusetzen, was den Status Quo in Frage stellt und uns irgendeine Art Hoffnung gibt. Der letzte Tropfen, der unser Herz vor Frustration und Hoffnungslosigkeit überlaufen ließ, war das, was am 30. November geschah, als Sicherheitsleute von der Hamas mit ihren Knarren, ihren Lügen und ihrer Aggressivität zum Sharek Youth Forum (www.sharek.ps), einer der führenden Jugendorganisationen, kamen, alle rauswarfen, manche ins Gefängnis brachten und Sharek verboten weiter zu machen. Ein paar Tage später wurden Demonstranten vor Sharek geschlagen und manche eingelocht. Wir erleben wirklich einen Albtraum in einem Albtraum. Es ist schwer, in Worten zu beschreiben, unter was für einem Druck wir leben. Mit Mühe und Not haben wir die Operation Gegossenes Blei überstanden, als uns Israel in Grund und Boden gebombt, tausende Wohnungen und noch viel mehr Leben und Träume zerstört und ausgelöscht hat. Die Hamas sind sie nicht losgeworden, wie sie eigentlich vorhatten, aber eins haben sie geschafft: uns Angst einzujagen, die wir nicht mehr loswerden, und uns alle mit posttraumatischem Stress-Syndrom zu

infizieren, weil es kein Entkommen gab.

Wir sind Jugendliche, auf deren Herzen eine große Last liegt. Wir tragen eine Schwermut in uns, die so erdrückend ist, dass wir es kaum schaffen, den Sonnenuntergang zu genießen. Wie sollten wir auch, da düstere Wolken am Horizont aufziehen und sich Bilder elender Erinnerungen einstellen, sobald wir nur die Augen schließen. Wir lächeln, um den Schmerz zu verbergen. Wir lachen, um den Krieg zu vergessen. Wir hoffen, um nicht gleich und auf der Stelle Selbstmord zu begehen. Während des Angriffs beschlich uns die Gewissheit, dass Israel uns auslöschen und von der Erde verschwinden lassen wollte. In den letzten Jahren hat die Hamas alles daran gesetzt, unsere Gedanken, unser Verhalten und unsere Bestrebungen zu beherrschen. Wir sind eine Generation junger Leute, die daran gewöhnt sind, durch Raketenbeschuss bedroht zu sein, eine Generation mit der scheinbar nicht erfüllbaren Mission, unter diesen Umständen ein normales, gesundes Leben zu führen, und werden dabei nur zähneknirschend von einer mächtigen Organisation geduldet, die sich in unserer Gesellschaft wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet hat, Chaos und Verwüstung produziert und dabei in alle lebendigen Zellen, Gedanken und Träume dringt und sie zerstört, während sie die Menschen unter ihrem Terrorregime lähmt - ganz abgesehen davon, dass wir in einem Gefängnis leben, einem Gefängnis, das von einem sich als "demokratisch" bezeichnenden Land betrieben wird.

Die Geschichte wiederholt sich auf das Grausamste, und es scheint niemanden zu kümmern. Wir haben Angst. Hier in Gaza haben wir Angst davor, in den Knast zu kommen, verhöhrt, geschlagen, gefoltert, bombardiert, getötet zu werden. Wir haben Angst vor dem Leben, denn jeder einzelne Schritt, den wir tun, will genau kalkuliert und überlegt sein, allenthalben gibt es Einschränkungen, wir können uns nicht

bewegen, wie wir wollen, sagen, was wir wollen, tun, was wir wollen, manchmal können wir nicht mal denken, was wir wollen, weil die Besatzung unsere Herzen und Hirne auf eine so gräßliche Weise besetzt hat, dass es weh tut und uns danach ist, vor Frust und Wut endlos Tränen zu vergießen!

Wir wollen nicht hassen, wir wollen all das nicht empfinden, wir haben keine Lust mehr, Opfer zu sein. ES REICHT! Schmerz, Leiden, Kontrolle, Einschränkungen, unlautere Rechtfertigungen, Terror, Folter, Ausflüchte, Bombardierungen, schlaflose Nächte, getötete Zivilisten, schwarze Erinnerungen, elende Zukunft, quälende Gegenwart, entgleiste Politik, fanatische Politiker, religiöser Scheißdreck, Einkerkierung - es reicht! WIR SAGEN SCHLUSS DAMIT! Das ist nicht die Zukunft, die wir wollen!

Drei Dinge wollen wir: Wir wollen frei sein. Wir wollen ein normales Leben führen können. Wir wollen Frieden. Ist das zu viel verlangt? Wir sind eine Friedensbewegung aus jungen Leuten in Gaza und mit Unterstützern anderswo, und wir werden keine Ruhe geben, solange die Wahrheit über Gaza nicht überall auf der Welt bekannt ist und zwar so, dass stille Zustimmung oder dröhnende Gleichgültigkeit nicht mehr möglich sind. Das ist das Manifest der Jugend von Gaza für Veränderung! Wir werden damit beginnen, die Besatzung, die uns umgibt zu zerschlagen, wir werden uns aus diesem mentalen Kerker befreien und unsere Würde und unsere Selbstachtung zurückgewinnen. Wir werden aufrecht gehen, auch wenn man uns angreift. Wir werden Tag und Nacht daran arbeiten, diese miesen Bedingungen, unter denen wir leben, zu ändern. Wo wir auf Mauern treffen, werden wir Träume errichten.

Wir wollen frei sein, wir wollen leben, wir wollen Frieden.

Freie Jugend von Gaza!

Sumaya Farhat-Naser, Birzeit, palästinensische Friedensvermittlerin



Foto: Elke Wetzig

"Der Israel-Palästina-Konflikt ist einer der wichtigsten Faktoren, der die Etablierung diktatorischer Regime im Nahen Osten ermöglicht. Zivilcourage ist nötig, damit es uns gelingt, unsere Wut in Handeln, in Aktion, in Gegenwehr, in gewaltfreien Widerstand zu transformieren mit der Zielsetzung der Umkehr, der positiven Veränderung hin zu einer besseren Welt."

Sumaya Farhat-Naser in ihrer Dankesrede anlässlich der Amos-Preisverleihung 2011 in Stuttgart

Kurzmeldungen aus Palästina



Zentrum von Ramallah - Foto: röm

Anerkennung Palästinas

Bolivien hat angekündigt, den Staat Palästina anzuerkennen. Argentinien, Brasilien und Uruguay hatten bereits zuvor positiv auf einen entsprechenden Wunsch der palästinensischen Autonomiebehörde reagiert. Ecuador, Paraguay, Peru, sowie Russland sprachen sich ebenfalls dafür aus. Die Kampagne für die Anerkennung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 der Autonomiebehörde erhielt auch den Rückhalt der Arabischen Liga. In der EU sind die Meinungen geteilt. Mittlerweile werteten Norwegen, USA, Frankreich, Spanien und Portugal die palästinensischen Generalvertretungen in ihren Ländern auf.

Arabischer Aufbruch

92% der Palästinenserinnen und Palästinenser sympathisieren mit den Demons-

trationen in der arabischen Welt und 66% glauben, dass diese eine positive Wirkung auf Palästina haben. 24% der Befragten in der Westbank und 50% im Gazastreifen würden selber an solchen Demonstrationen teilnehmen. 51% bevorzugen den Slogan "Ende der Spaltung der palästinensischen Politik", 24% bevorzugen den Slogan "Ende der Besatzung", laut einer Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research vom März 2011.

Demokratisierung

70% der im März 2011 vom Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) Befragten glauben, dass es innerhalb der palästinensischen Autonomieverwaltung Korruption gibt und 59% nehmen das von der Hamas-Regierung in Gaza an. 33% glauben, dass man in der Westbank ohne Angst die Autonomieverwal-

tung kritisieren kann und 19% glauben dies in Bezug auf Gaza. 23% sind der Meinung die Hanijeh Regierung sei die rechtmäßige, 25% nahmen das von der Fajjad-Regierung an. Unzufrieden mit Präsident Abbas waren 51% der Befragten.

Hauszerstörungen

Israel zerstört weiterhin palästinensische Häuser in Ostjerusalem und in der Westbank. Im März ließ die israelische Regierung nach Angaben der UNWRA 76 Häuser zerstören, wodurch 158 Menschen obdachlos wurden, darunter 64 Kinder. Seit Anfang 2011 wurden durch die Hauszerstörungen laut UNRWA 333 Palästinenser obdachlos, 175 von ihnen sind Kinder. Der Stadtrat von Jerusalem hat den Bau von 942 neuen Wohneinheiten für jüdische Siedler in der jüdischen Siedlung Gilo bei Beit Jala genehmigt.

Mord an Siedlerfamilie

Die brutale Ermordung einer fünfköpfigen jüdischen Siedlerfamilie im März in der Westbank-Siedlung Itamar bei Nablus ist von der palästinensischen Autonomiebehörde verurteilt worden. Auch die Palästinensischen Komitees gegen die Mauer und die israelischen Siedlungen, die sich der Gewaltlosigkeit und dem zivilen Ungehorsam verschrieben haben, zeigten sich entsetzt über das Verbrechen. Die israelische Armee nahm zwei verdächtige Palästinenser im Alter von 18 und 19 Jahren fest.

Industriezonen

Mit internationaler, auch deutscher, Unterstützung werden derzeit die Weichen für die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft gestellt. Industriezonen mit Tausenden von Arbeitsplätzen sollen ent-

stehen. Lokale Mitbestimmung ist nicht eingeplant, berichtet die Rosa-Luxemburg Stiftung aus Ramallah. Minimumlohnvorschriften, Sicherheitsbestimmungen oder Schutzmassnahmen für die Umwelt werden dort nicht gelten. Die Billiglohnzonen für bis zu 500 000 Palästinenserinnen und Palästinenser seien vergleichbar mit dem "maquiladores" in Mexiko.

Flugverbotszone Gaza?

Die Arabische Liga hat im April die Vereinten Nationen aufgefordert, eine Flugverbotszone über dem palästinensischen Gazastreifen einzurichten und dafür zu sorgen, dass die israelische Belagerung des Küstenstreifens beendet wird. Israel müsse gehindert werden, seine »brutale Aggression« fortzusetzen. Seit Anfang April ist laut dem Al-Mezan-Menschenrechtszentrum in Gaza die Gewalt im Gazastreifen wieder eskaliert. In den ersten vier Monaten des Jahres 2011 wurden bei Angriffen der israelischen Streitkräfte 48 Palästinenser getötet und 153 verletzt. Unter den Toten sind sieben Kinder, unter den Verletzten 40 Kinder. Eine Rakete aus dem Gazastreifen hatte einen israelischen Schüler schwer verletzt.

Gefangene

Mehrere Menschenrechtsorganisationen weisen auf die palästinensischen politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen hin. Im April 2010 waren 5.716 inhaftiert. Immer noch befänden sich 218 Palästinenser in sogenannter Administrativhaft (Haft ohne ausdrücklichen Haftgrund), obwohl diese Art von Haft gegen die Menschenrechte verstößt. Weiterhin würden vor allem Anführer des gewaltlosen Widerstandes verhaftet sowie Kinder.

Niederländer bauen Mauer mit

Eine holländische Firma ist nach Recherchen des Menschenrechtszentrums Al Haq in Ramallah am Bau der Mauer im Westjordanland beteiligt. Weil das gegen Internationales Recht verstößt, haben Al Haq und andere, gegen die Firma Klage erhoben. Al Haq hat Beweise, dass Maschinen der Firma Riwal für den Bau der Mauer verwandt wurden und für ein Gebäude innerhalb der Siedlung Ariel. Die holländische Regierung hat Firmen ein solches Investment verboten. Dennoch waren ihre Maschinen in Betlehem im Einsatz. Al-Haq betont, Riwal habe die holländische Regierung getäuscht, indem die Firma behauptet, ein Subunternehmen habe seine Maschinen verwendet. Nach Ansicht von Al Haq ist Riwal nur eine von hunderten von ausländischen Firmen, die am Siedlungsbau beteiligt sind.

Schulweg

Schulkinder aus den Dörfern Tuba und Maghayir al Abeed bei Hebron müssen auf ihrem Schulweg begleitet werden. Laut einem Beschluss der israelischen Knesset müssen Soldaten die Kinder jeden Tag begleiten, nachdem sie in der Vergangenheit wiederholt von Siedlern angegriffen worden waren. Doch geschieht es immer wieder, dass die Eskorte nicht kommt und die Kinder alleine nach Hause gehen müssen. Internationale Freiwillige vom Christian Peace Maker Team in Hebron beobachteten im April, wie Siedler auf die Kinder zu rannten. Die Kinder rannten sofort weg, woraufhin die Siedler ihr Tempo verlangsamten. Die Christian Peace Maker berichten von zwei ähnlichen Vorfällen im gleichen Monat.

Deutsche und EU-Nahostpolitik



Hebron - Foto: röm

USA bremsen Europa

Nachdem die USA im Frühjahr im UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die die israelische Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten als illegal bezeichnet hätte, mit ihrem Veto verhindert hatten, bremsst sie nun auch die Europäer aus. Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete, hat Washington ein von den EU-Partnern Deutschland, Frankreich und Großbritannien für April in Berlin geplantes Treffen des Nahost-Quartetts platzen lassen.

Die USA fürchten, die EU könne eine aktivere Rolle innerhalb des Quartetts spielen, zu dem neben der USA und der EU noch Russland und die UN gehören. Sie sind verärgert darüber, dass die EU-Mitglieder Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Sicherheitsrat der UN-Resolution gegen den Siedlungsbau zugestimmt hatten.

In Jerusalem war nach Angaben der FAZ von Regierungskreisen vor einem möglichen Quartett-Treffen die Befürchtung

geäußert worden, "das Quartett könne den Rahmen für ein Friedensabkommen auf der Grundlage der Grenzen von 1967 abstecken. Nach israelischem Verständnis hatten sich EU-Staaten im Quartett dafür eingesetzt, die Amerikaner aber nicht davon überzeugen können. Eine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg lehnt die israelische Regierung ab, weil diese nicht zu verteidigen seien. Die Palästinenser verlangen jedoch die Grenzen von 1967 als Ausgangspunkt für neue Friedensgespräche, auch wenn sie einen Gebietstausch nicht ausschließen."

Das letzte Treffen des Nahost-Quartetts fand anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz statt. Danach "hatten sich die Palästinenser enttäuscht gezeigt. Die Münchner Erklärung kritisierte lediglich, dass Israel seinen Baustopp nicht verlängert habe, rief aber - auf Einwirken der amerikanischen Außenministerin Clinton - nicht zu einem Stopp des Siedlungsbaus auf."

Bei seinem Besuch in Berlin, konnte der

israelische Ministerpräsident Netanjahu einen politischen Erfolg verbuchen. Bundeskanzlerin Merkel sicherte ihm zu, einem einseitig ausgerufenen Palästinenserstaat nicht zuzustimmen.

EU empfiehlt: keine israelischen Produkte aus Ostjerusalem

Ostjerusalem sollte nach Meinung von EU-Diplomaten als Hauptstadt der Palästinenser betrachtet werden. In einem Jerusalem-Report der EU-Missionen wird auch empfohlen, dass EU-Politiker keine israelischen Politiker hinter der Waffenstillstandslinie, also in Ostjerusalem, treffen sollten und israelischen Schutz für den Besuch Ostjerusalems ablehnen sollten.

In dem Bericht wird darüber diskutiert, in wie weit es möglich ist, gewalttätige Siedler vom Zugang in die EU auszuschließen. Erwogen wird auch ein Kaufverzicht von israelischen Waren aus Ostjerusalem.

Die in dem Report vorgeschlagenen konkreten Schritte sind für ein EU-Dossier zu Jerusalem ungewöhnlich. So wird den EU-Beamten empfohlen, nicht in israelischen Hotels zu übernachten und keine israelischen Transportunternehmen in Anspruch zu nehmen. Archäologische Ausgrabungsstätten, die von Siedlern betrieben werden, sollten nicht besucht werden. Israel sollte der PLO erlauben, wieder Büros in Ostjerusalem zu eröffnen, so eine weitere Forderung der Europäer. EU-Beamte sollten bei Hauszerstörungen und bei Gerichtsverfahren anwesend sein.

Die arabischen Länder sollen den multi-religiösen Charakter der Stadt anerkennen.

Kritik an Tourismuskonferenz

Kritik am Austragungsort Jerusalem für die

OECD-Tourismuskonferenz hat die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth geäußert. In einer Region, wo Stacheldraht und Mauern Palästinenserinnen und Palästinensern den Zugang zu ihrem eigenen Land versperren, könne kein "grüner Tourismus" entwickelt werden. Die menschenrechtspolitische Sprecherin kritisierte insbesondere, dass gerade um Jerusalem herum ganze Landstriche "entgrünt" würden und eine wirtschaftliche Entwicklung im Tourismus - für die Palästinenserinnen und Palästinenser verhindern.

Es sei für Touristen nur unter schikanösen Bedingungen möglich, touristische Ziele in der Westbank zu besuchen. Ein Besuch im Gaza-Streifen sei faktisch unmöglich.

Wassersparen lernen

Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Entwicklungszusammenarbeit in den Palästinensischen Gebieten: "Verschwendung und Ungerechtigkeit in der Wassernutzung zugunsten von Israel zementieren, den dürstenden Palästinensern Wassersparen beibringen" und die Antwort der Bundesregierung vom 30. September 2010

Frage: Warum hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) den Schwerpunkt im Wassersektor aufgegeben, nämlich die nachholende und systematische Erschließung von Grundwasserressourcen durch Bohren neuer Tiefbrunnen?
Antwort der Bundesregierung: Weil die Wasserverfügbarkeit in allen drei Aquiferen (Grundwasservorkommen vgl. Seite 4 und 5) begrenzt ist. Aus Gründen der Nachhaltigkeit muss der Schwerpunkt auf Verlustreduzierung und Grundwasserschutz gelegt werden.

Frage: Was sind die Gründe für die Nichtdurchführung des ehemaligen im Jahr

2000 beantragten KfW-Projekts "El Hizme-Brunnen", obwohl das Projekt der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber bereits vertraglich zugesichert war?

Antwort der Bundesregierung: Eine hydrogeologische Studie und Probebohrungen durch US AID hatten gezeigt, dass die zu erwartenden Wassermengen zu gering sind. Die Mittel sind deshalb für "prioritäre" Wasservorhaben umgewidmet worden.

Frage: Wieso wurde der Fokus von der Erschließung autochthoner Grundwasserressourcen auf Abwasser gelegt, trotz der eklatanten Unterversorgung?

Antwort der Bundesregierung: Angesichts insgesamt knapper Wasserressourcen liegt der Schwerpunkt der EZ auf Reduzierung von Wasserverlusten im Leitungssystem und effizienter Wassernutzung anstelle von zusätzlicher Rohwasserentnahme.

Frage: Warum besteht die Bundesregierung nicht darauf, Bohrgenehmigungen gegenüber Israel einzufordern, die eigentlich Teil der Minimalverpflichtungen Israels sind?

Antwort der Bundesregierung: Das Thema Wasserressourcen ist eine der sogenannten Endstatusfragen im Rahmen eines Friedensabkommens.

Mehr Geld für die Palästinenser

Die Europäische Kommission hat zusätzliche 85 Millionen Euro für die palästinensische Autonomiebehörde bewilligt. Diese kann damit Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern bezahlen und bedürftigen Familien helfen. Der Betrag kommt zusätzlich zu den bereits bewilligten 100 Millionen Euro.

Kommentare

Staatsverhinderung

Der Staat Israel erklärte sich 1948 unabhängig und wurde international anerkannt. Auch von der Bundesrepublik. Den Staat Palästina, 1988 von Yassir Arafat ausgerufen, will die Bundesregierung immer noch nicht anerkennen. Sie will aber auch verhindern, dass er in die UN aufgenommen wird. Mit Engelszungen redet sie deshalb auf die Palästinenservertretung ein, um diese von ihrem Vorhaben, Palästina im September durch die UN anerkennen zu lassen, abzubringen.

Die Palästinenser setzen ihre Hoffnung wieder einmal auf die Weltgemeinschaft. Die diplomatischen Erfolge in den latein-amerikanischen Ländern, von denen die meisten Palästina mittlerweile anerkannt haben, geben ihnen Auftrieb. Die UN-Generalversammlung soll, wie es die UN-Charta vorsieht, auf Empfehlung des UN-Sicherheitsrates der Aufnahme im September zustimmen. Falls es im Sicherheitsrat zu einem Veto kommt, z.B. durch die USA, wollen die Palästinenser die Resolution 377 von 1950 anrufen, die greifen kann, wenn ein ständiges Mitglied des UN Sicherheitsrats durch sein Veto eine Entscheidung blockiert, die für den Erhalt des Friedens erforderlich ist ("uniting for peace").

Die Bundesregierung will nur einem zwischen den Palästinensern und den Israelis verhandelten Staat Palästina zustimmen. Das hat Kanzlerin Merkel im Vorgriff auf eine noch auszuhandelnde gemeinsame EU-Linie deutlich gemacht. Die Palästinenser sollen unter Druck gesetzt werden, damit sie ihr Vorhaben aufschieben. Wie

damals beim Goldstone Bericht, dessen Forderung nach Aufarbeitung der Kriegsverbrechen im Gazakrieg von der Palästinenservertretung nur sehr verzögert eingebracht wurde.

Die israelische Regierung bekommt dadurch Zeit für eine Politik der Friedensverhinderung zugestanden. Die Palästinenser werden zur Geduld ermahnt und mit EU-Alimenten befriedet.

Wiltrud Rösch-Metzler

Wasserraub

Versuchen Sie einmal, für eine Woche mit nur 50 Liter Wasser pro Tag auszukommen für Kochen, Körperpflege, Waschen, Putzen usw. Geht nicht, sagen Sie, viel zu wenig? Recht haben Sie! Der Durchschnittsverbrauch dieses lebenswichtigen Grundguts in Deutschland liegt bei 122 Litern.

In dem von Israel seit 44 Jahren besetzten Palästina (Westjordanland mit Ostjerusalem und Gaza-Streifen) müssen die Menschen mit durchschnittlich 50 Litern auskommen, ein Drittel von ihnen sogar mit nur 30 Litern. Eine Menge, die laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach schweren Katastrophen als Minimum gilt.

Während der Wassernotstand für die Palästinenser wächst und im abgeriegelten Gaza-Streifen, verschärft durch die Abwasserproblematik, katastrophale Ausmaße hat, leistet sich Israel den Luxus von durchschnittlich 280 Liter pro Kopf und

Tag. Wasservergeudung ist dort Standard. Israel ist Besatzungsmacht, betreibt nicht nur fortwährend Landraub, unterdrückt, vertreibt, tötet und mauert die Palästinenser buchstäblich ein, der Wasserraub in den besetzten Gebieten durch Militärerlasse, Zerstörungen, Blockaden und unterlassene Hilfeleistung ist ebenso Teil seiner Politik. Er führt dazu, dass den Palästinensern ganze zehn Prozent der Frischwasserressourcen verbleiben, die in den besetzten Gebieten zur Verfügung stehen. All das ist völkerrechtswidrig, im Widerspruch zu den Rahmenvereinbarungen von 1993 in Oslo und in hohem Masse unmoralisch, aber leider bisher ohne Konsequenzen durch Deutschland, die EU und die USA.

Eine umfangreiche parlamentarische Anfrage der Linksfraktion vom letzten Jahr zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Palästinensischen Gebieten wurde von der Bundesregierung ausweichend und mit Tatsachenverdrehungen beantwortet. Um die brutale Ungerechtigkeit nicht offen anzusprechen und der israelischen Regierung nicht auf die Füße zu treten, verschleierte sie überdies die eigentlichen Probleme. Man habe sich inzwischen auf Abwasserklärung und effizientere Verteilung konzentriert. Fakt ist: Deutschland hat sich seit rund zehn Jahren aus allen Brunnenbau-, Speicher- und Leitungsprojekten zurückgezogen, die hätten helfen können, den Wassernotstand der Palästinenser ernsthaft zu bekämpfen.

Hermann Dierkes

Arabischer Frühling bringt Einsicht zur Versöhnung

Mit Unverständnis beobachtete die Welt die Spaltung der palästinensischen politischen Kräfte nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahre 2006. Dass es in einem zerstückelten Restpalästina seit 2007 zwei "Regierungen", eine als Autonomiebehörde in den Städten der Westbank und eine zweite im Gazastreifen gibt, ist kaum nachvollziehbar. Die Kluft war so groß, dass eine Einigung zwischen der PLO und der Hamas nicht vorstellbar war.

Nun ist der arabische Frühling auch in Palästina angekommen und mit ihm die Einsicht zur Einigung. Und so wollen die bislang verfeindeten Palästinenser-Gruppen mit einer Stimme sprechen. Maßgeblich hierfür waren mehrere Faktoren: Erstens, die starre Haltung Israels den Siedlungsbau voranzutreiben und damit die Friedensgespräche zu stören. Zweitens, die eindeutige EU-Nahostpolitik auf der Zweistaatenlösung mit den Grenzen von 1967 zu bestehen. Drittens, die Demokratisierungswelle in den arabischen Staaten. Viertens, der Wechsel in der ägyptischen Führung. Fünftens, die Unzufriedenheit der Palästinenser mit den eigenen Führungen.

Nun schließen die verfeindeten palästinensischen Kräfte ein überfälliges Versöhnungsabkommen, das bis auf Israel und die USA von der übrigen Weltgemeinschaft erwartet und begrüßt wurde. Es sieht eine Experten-Übergangsregierung vor, die weder von Hamas noch PLO besetzt werden wird. Diese soll die Wahlen der zukünftigen Regierung und der Präsidentschaft vorbereiten.

Das in Kairo besiegelte Abkommen bezieht sich auf den palästinensischen "Nationalvertrag" von 2006, der einen Gewaltverzicht gegenüber Israel in den Grenzen von 1967 enthält und eine friedliche Lösung vorsieht. Für die Hamas beinhaltet das Abkommen eine indirekte Anerkennung des Staates Israel in den Grenzen von 1967 und hat die Konsequenz, dass sie bei entsprechender positiver Reaktion Israels ihre eigene Charta ändern müsste. Gerade deshalb ist das Kairo-Versöhnungsabkommen ausdrücklich von der EU und von Großbritannien und Russland als Mitglieder des Nahost-Quartetts begrüßt worden.

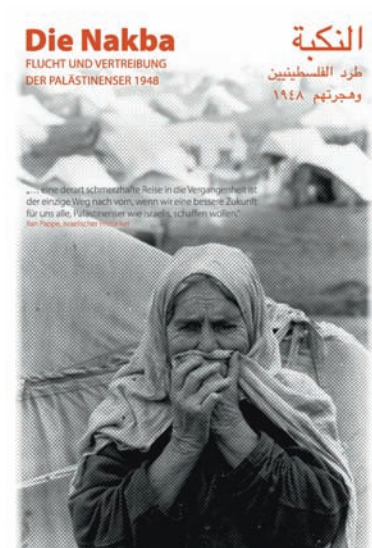
Israels rechtsgerichtete Regierung unter Benjamin Netanjahu hat stets beteuert, dass es bislang unter den Palästinensern keinen geeigneten Gesprächspartner gebe und direkte Verhandlungen torpediert, den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und die Hamas-Führung gegen einander ausgespielt. Die Palästinenserbehörde müsse "zwischen einem Frieden mit Israel oder einem Frieden mit der Hamas wählen". Die innerpalästinensische Einigung lehnt Netanjahu grundsätzlich ab. Sein Außenminister Avigdor Lieberman droht gar, es gebe für Israel ein "riesiges Arsenal von Mitteln" um gegen diese Einigung vorzugehen. Alleine die Tatsache, dass die israelische Regierung diese Versöhnung nicht als Chance für einen umfassenden Frieden mit den Palästinensern, sondern als Bedrohung begreift, ist ein Indiz für deren Unfähigkeit, sich auf neue Entwicklungen für eine friedliche Lösung einzulassen.

Nazih Musharbash

Veranstaltungen

Beit Jala und Bergisch Gladbach

Nach langer und intensiver Vorbereitung hat der Bergisch Gladbacher Partnerschaftsverein um seinen Vorsitzenden Axel Becker sein Ziel erreicht. Im Januar 2011 wurde die neue Städtepartnerschaft mit Beit Jala in Bergisch Gladbach besiegelt und gefeiert und wenige Monate später in Beit Jala. Bürgermeister Lutz Urbach unterzeichnete dort die Partnerschaftsurkunde zusammen mit seinem Amtskollegen Raji Zeidan in Gegenwart von Ministerpräsident Fayyad.



Nakba-Ausstellung in Düsseldorf nach Protest abgesetzt

Das herausragende Ereignis der DPG-Regionalgruppe Düsseldorf im Frühjahr 2011 war die Auseinandersetzung um die Nakba-Wanderausstellung "Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948", die gemeinsam mit dem Arbeitskreis Palästina NRW e. V. organisiert worden war und in der Volkshochschule Düsseldorf gezeigt wurde.

Am 16. März fand planmäßig die Eröffnung statt. In seiner Begrüßungsrede betonte der DPG-Vorsitzende William Hodali, dass die Veranstalter das Thema, die Flucht und Vertreibung des Palästinenser, aus palästinensischer Sicht darstellten.

Gegen die Veranstaltung wurde bei der Stadt Düsseldorf Protest eingelegt. Von der

Gruppierung, die dafür verantwortlich zeichnete (agai Assoziation gegen Antisemitismus und Israelkritik) wurde dann darüber hinaus eine Demonstration veranstaltet. Vor dieser war jedoch schon, auf Grund des genannten Protestes, veranlasst worden, die Ausstellung von einem Vertreter der jüdischen Gemeinde Düsseldorf begutachten zu lassen. Dieser hielt sie bereits nach einer flüchtigen Betrachtung für untragbar und wäre, nach eigener Aussage, noch nicht einmal bereit gewesen, ihre Thematik an kompetenter Stelle zu diskutieren. Er erstattete telefonisch Bericht bei der Stadt Düsseldorf, die sofort die Ausstellung abhängen ließ und ohne die Initiatoren darüber zu verständigen. Man nannte die Ausstellung "tendenziös". Ihre Dauer war damit um die Hälfte (eine Woche) der geplanten Zeit verkürzt worden.

Ein vorgesehener begleitender Vortrag "Die Siedlungspolitik Israels Vertreibung bis heute", der zwei Tage vor dem Ende der Ausstellung in der Volkshochschule hätte stattfinden sollen, wurde ebenfalls von der Stadt abgesagt.

Durch zahlreiche Eingaben bei der Stadt Düsseldorf und durch Sympathiekundgebungen wurde deutlich, dass das beschriebene Verfahren von einem Teil der Bevölkerung als ein deutlicher Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung interpretiert wurde. Ein Antrag auf einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht Düsseldorf wurde von der DPG-Regionalgruppe Düsseldorf eingereicht. Zunächst jedoch wurde der Stadt Düsseldorf Recht gegeben, da die Antragstellerin DPG

nicht die letztlich Verantwortliche gewesen sei, sondern die Stadt.

DPG und Volkshochschule beabsichtigen nun für das II. Semester 2011 eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung anzubieten. Hierzu sollen zwei Historiker für die Geschichte des Nahen Ostens eingeladen werden, die das Thema vom jüdischen bzw. palästinensischen Standpunkt aus darstellen.

DPG Düsseldorf

Ausleihe der Nakba-Ausstellung

Der Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V. hat im Jahr 2008 aus Anlass des 60. Jahrestages der Nakba, der Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948, eine Ausstellung zu der Thematik erarbeitet. Die Erinnerung an die Nakba fällt mit den gleichzeitigen Feiern zur Gründung des Staates Israel im Mai 1948 zusammen. Die Ausstellung besteht aus 14 PVC-Folien der Größe 90x150 cm, die an der Wand oder an Stellwänden aufgehängt werden können. Eine Begleitbroschüre mit den Texten, Karten und Fotos der Folien sowie allen Quellenangaben ergänzt die Ausstellung. Die Ausstellung ist in zweifacher Ausfertigung verfügbar. Bislang wurde sie gezeigt in: Darmstadt, Osnabrück, Düsseldorf, Besigheim, Aachen, Düren, Ebersbach-Roßwälden/Weiler, Hannover, Frankfurt/Main, Hanau, Heilbronn, Kaiserslautern, Friedrichsdorf, Freiburg, Hagen, Holzkirchen, Ev. Akademie Hofgeismar, Münster, Ailingen, Friedrichshafen, Oldenburg, Bielefeld, Bremen, Gött-

ingen, Walsrode, Kempten, Karlsruhe, Bergisch-Gladbach, Witten, Freudenstadt, Bochum, Saerbeck (NRW), Ulm, Basel, Wiesloch, Bad Boll, Gräfenfing, Tegernsee, Ellwangen, Bern, Lindau, Leinfelden-Echterdingen, Herford, Bad Hersfeld, Pfaffenhofen und mehrere Male in: Stuttgart, Siegen, München, Berlin, Duisburg Reutlingen, Hamburg, Tübingen und Bonn.

Kontakt und Ausleihe:

Ingrid Rumpf
Tel. 07121/78556
irumpf@lib-hilfe.de - www.lib-hilfe.de
Arbeitsmaterialien zur "Nakba" Ausstellung für Schüler und andere Gruppen können bestellt werden bei:
zfk Zentrum für Friedenskultur Siegen
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
Kölner Str. 11 - 57072 Siegen
Tel. 0271/20596
www.friedenskultur.de

Palästina-Initiative Hannover für Selbstbestimmungsrecht

Die Palästina-Initiative (PI) hat sich im Anschluss an die EXPO 2000 in Hannover als ein Zusammenschluss von Einzelpersonen und Organisationen entwickelt. Sie will die Lage, aber auch die schöpferischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fähigkeiten der palästinensischen Bevölkerung darstellen, um sie in ihrem Bestreben zu unterstützen, ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen und ein gleichberechtigtes Miteinander mit der israelischen Bevölkerung zu erreichen. Sie will den palästinensisch-israelischen Dialog ermöglichen und fördern.

Die Palästina Wochen "FILISTINA 2002", 2006, 2008 und 2010 sowie die Open Space - Veranstaltung "Israel - Palästina - Deutschland" 2004, Vorträge im Rahmen der monatlichen Forumsveranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, Filmvorführungen, Podien und Musikveranstaltungen schaffen Verständnis für das palästinensische Volk, seine existentielle Situation, seine Kultur, seine Ängste und Hoffnungen.

Anliegen der Initiative ist es, die Asymmetrie zwischen israelischer und palästinensischer Existenz deutlich zu machen und darauf hinzuwirken, gleichwertige Anerkennung und Gerechtigkeit zu schaffen. "Wir nehmen uns dabei das Recht, die Politik israelischer Regierungen und anderer Gruppierungen zu kritisieren, wenn sie der palästinensischen Bevölkerung Freiheit und Menschenrechte, sowie das Völkerrecht auf eine gleichwertige, souveräne Staatlichkeit verweigern und Nachbarschaftlichkeit damit unmöglich machen", heißt es in den Grundsätzen der Initiative, die "auch kritisch politisches Denken und Handeln palästinensischer Entscheidungsträger, die den genannten Zielen nicht dienlich sind" beobachtet.

Der Einsatz der Initiative gilt einem Stopp der zunehmenden Verdrängung der Palästinenser in der Westbank und in Ostjerusalem, der Beendigung der israelischen Besatzung in den palästinensischen Gebieten in den Grenzen des Waffenstillstandes von 1949, der Selbstbestimmung und staatliche Souveränität beider Völker, der Perspektive des friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders der Gesellschaften und ihrer Staaten im Nahen Osten.

Regionalgruppen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Nordrhein-Westfalen (Süd)

Name: Peter Bingel
Email: nrw@dpg-netz.de

Köln und Umgebung

Name: Petra Schöning
Email: koeln@dpg-netz.de

Düsseldorf

Name: William Hodali
Email: duesseldorf@dpg-netz.de

Hamburg und Umgebung

Name: Dr. Dieter und Eva Lehmann
Email: hamburg@dpg-netz.de

Hannover

Name: Dr. Wilhelm Wortmann
Email: hannover@dpg-netz.de

Frankfurt/Main

Name: Khalil Toama
Email: frankfurt@dpg-netz.de

Trier

Name: Hazem Shehada
Email: trier@dpg-netz.de

Oldenburg/Ostfriesland

Name: Isam Elkorhaly
Email: oldenburg@dpg-netz.de

Ruhrgebiet

Name: Dr. Yousef Ribhi
Email: ruhrgebiet@dpg-netz.de

Osnabrück und Umgebung

Name: Nazih Musharbash
Email: osnabrueck@dpg-netz.de

Bremen

Name: Detlef Griesche
Email: bremen@dpg-netz.de

„Nutzung der Wasserressourcen ist Endstatusfrage“

Interview mit Bundesentwicklungshilfeminister Dirk Niebel

Dirk Niebel ist seit Oktober 2009 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der FDP-Politiker war von 1998 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag und von 2000 bis 2010 Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Im vergangenen Jahr hatten ihm die israelischen Behörden die Einreise in den Gazastreifen verweigert. Für das Palästina Journal beantwortete er Fragen über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten:

Herr Minister, die Bundesregierung hat im Jahr 2010 für entwicklungspolitische Projekte in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten 42,5 Millionen Euro bereitgestellt. Insgesamt umfasst die deutsche Unterstützung in 2010 mehr als 140 Millionen Euro. Was wird gefördert?

Neben den Vorhaben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den Schwerpunkten Wasser, Bildung und Wirtschaft leistet die Bundesregierung Unterstützung beim Aufbau eines handlungsfähigen Polizei- und Justizsystems. Im Bereich der Humanitären Hilfe hat die Bundesregierung 2010 das UN-Flüchtlingshilfswerk UNWRA, das Internationale Rote Kreuz und andere Nichtregierungsorganisationen mit ca. 13 Millionen Euro unterstützt. Hinzu kommen anteilige Beiträge Deutschlands an multilaterale Organisationen. Die EU ist traditionell der wichtigste Geber für die Palästinensischen Gebiete. Das EU-Engagement, zu dem Deutschland mit etwa 20 Prozent beiträgt, umfasste 2010 insgesamt rund 444 Millionen Euro.

„Wasser/Abwasser“ ist einer von drei Schwerpunkten der deutsch-palästin-

sischen Entwicklungszusammenarbeit. Im BMZ-Papier „Palästinensische Gebiete“ vom November 2009 ist festgehalten, dass der Anteil des Wassers, den Israel den Palästinensischen Gebieten zuteilt, stark unterproportional und die Entnahme durch Israel stark überproportional ist. Wird dieses Verteilungsproblem bei den jährlichen deutsch-israelischen Regierungsgesprächen angesprochen und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Die Frage der Nutzung der Wasserressourcen im Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern ist eine der sogenannten Endstatusfragen. Diese müssen nach Überzeugung der Bundesregierung und ihrer Partner im Rahmen eines zu verhandelnden Friedensabkommens gelöst werden. Darauf drängen die Bundesregierung und ihre Partner sowohl in politischen Gesprächen mit der israelischen Regierung und der Palästinensischen Behörde als auch in öffentlichen Erklärungen.

Welche Vorhaben der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit gibt es derzeit im Wasser-/Abwassersektor?

Damit Wasser effizienter genutzt und Abwässer schadlos entsorgt werden, unterstützt Deutschland die Palästinensischen Gebiete konkret durch Beratung im Bereich Wassermanagement und durch die Sanierung und den Bau von Leitungen und Kläranlagen. Deutschland ist mit seiner Unterstützung im Wassersektor führend und kann in diesem Bereich beachtliche Erfolge nachweisen.

Da die Qualität von Grundwasser eng mit der Frage der Abfallentsorgung zusam-

menhängt, unterstützt die Bundesregierung durch Know-how und finanzielle Mittel auch den Aufbau einer effektiven Abfallwirtschaft in den Palästinensischen Gebieten.

Für das Projekt „Abwasserentsorgung Gaza-Mitte“ hat die Bundesregierung im Entwicklungshilfeetat schon vor vielen Jahren Geld bereitgestellt. Leidet der Projektfortschritt weiterhin unter den scharfen Importrestriktionen, die Israel über den Gazastreifen verhängt hat? Wie haben sich die Arbeiten am Projekt seit Ihrem verhinderten Besuch im Gazastreifen entwickelt?

Bislang gelangen die Abwässer von hunderttausenden Bewohnern des Gazastreifens ungeklärt ins Meer. Davon betroffen sind auch die israelischen Küstengewässer. Durch das Projekt wird die Abwasserreinigung von Gaza-Stadt und den angrenzenden Gemeinden sichergestellt und damit die Umwelt- und Gesundheitssituation im Gazastreifen entscheidend verbessert.

Gemäß der Veröffentlichung des BMZ über die Palästinensischen Gebiete (Stand 2010) hat die Bundesregierung im März 2009 eine erhebliche finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau des Gazastreifens zugesagt. Können Sie uns den Stand dieser Hilfe schildern?

Die Bundesregierung hat anlässlich der Internationalen Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens in Sharm-el-Sheikh im März 2009 150 Millionen Euro für humanitäre Hilfe und konkrete Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit wie den Bau von Schulen, Krankenhäusern und Anlagen zur Abwasserentsorgung zugesagt. Hiervon sind bislang ca. 80 Milli-

onen Euro für Soforthilfe und humanitäre Hilfsprojekte abgeflossen. Einige größere Infrastrukturvorhaben sind jedoch weiterhin negativ von den israelischen Restriktionen der Einfuhr von Baumaterialien und Gerätschaften betroffen.

Welchen Einfluss hat die weiter andauernde weitgehende Blockade des Gazastreifens durch Israel auf die Umsetzung der Zusage?

Ein umfassender Wiederaufbau im Gazastreifen und nachhaltige wirtschaftliche Erholung vor Ort sind nur möglich, wenn die Abriegelung des Gazastreifens aufgehoben wird. Dies ist aus meiner Sicht auch das beste Mittel, um moderate Kräfte zu stärken und Extremisten den Nährboden zu entziehen. Dabei müssen die Sicherheitsinteressen Israels gewahrt werden. Die Bundesregierung hat bilateral und mit ihren europäischen Partnern der Erwartung Ausdruck verliehen, dass die israelischen Ankündigungen für eine Erleichterung des Zugangs nach Gaza rasch und konsequent umgesetzt werden, und wird das auch weiterhin tun.

Nach Angaben der Weltbank soll die Wasserversorgung der Menschen in Zone C besonders schlecht sein. Welche Projekte/Programme im Wassersektor werden in der sog. „Zone C“ durchgeführt, die 59 % der Fläche der Palästinensischen Gebiete umfasst und unter israelischer „Sicherheitsverwaltung“ steht?

Der Großteil der von Deutschland finanzierten Vorhaben im palästinensischen Wassersektor liegt in diesen sogenannten „C-Gebieten“. Das betrifft insbesondere große Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von Kläranlagen. Um die Wasserversorgung zu

verbessern, richten wir unser Augenmerk in erster Linie auf den Schutz knapper Ressourcen, zum Beispiel durch die Sanierung und den Bau von Leitungssystemen.

Zuletzt noch eine Frage zum BMZ-Projekt „Beratung des Amtes des Premierministers der Palästinensischen Gebiete“. Inwieweit trägt dieses zum Staatsaufbau eines von der UN im September auszurufenden Staates Palästina bei?

Wir unterstützen das palästinensische Premierministeramt bei der Modernisierung seiner internen Verwaltung, damit es seine wichtige Rolle bei der Planung und Umsetzung des Regierungsprogramms wahrnehmen kann. Effektive staatliche Strukturen in den Palästinensischen Gebieten sind Voraussetzung für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten. Deshalb sind „state building“ und Hilfe beim Aufbau von legitimen, transparenten und handlungsfähigen Institutionen auch zentrale Bestandteile der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit.



Machtlose Wasserbehörde - Wasserbedarf in Nablus nicht gedeckt

Interview mit Amal Hudhud, Ingenieurin für Wasserwirtschaft



Al Aida Camp in Betlehem, 2010 - Foto: Petra Schöning

Dr. Amal Hudhud arbeitet seit 1996 als Ingenieurin für Wasserwirtschaft in der Stadtverwaltung von Nablus. Nablus und Umgebung fehlt Wasser für seine 200.000 Einwohner. Die Behörde kämpft um Lösungen.

Frau Dr. Hudhud was ist das größte Problem der Wasserbehörde in Nablus?

Dass wir nicht genügend Wasser haben! Wir haben eine Million Kubikmeter pro Jahr zur Verfügung. Wir bräuchten aber 50% mehr, um den Bedarf zu decken. Im Sommer ist der Wassermangel noch schlimmer, und es ist schwer das dann noch zur Verfügung stehende Wasser fair zu verteilen.

Wie macht die Wasserbehörde das?

Im Sommer arbeiten wir manchmal rund um die Uhr, weil die Verteilung des wenigen Wassers so schwierig ist. Wir bestimmen dann, dass eine bestimmte Ge-

gend vier Stunden Wasser bekommt und öffnen die Leitungen dorthin. Dann schließen wir sie und öffnen die Leitungen in ein anderes Gebiet. Wenn es dann aber einen Wasserleitungsschaden gibt während wir das Gebiet mit Wasser versorgen wollen, sind wir wieder damit beschäftigt. Oder das Wasser soll Menschen auf dem Berg erreichen, was mehr Zeit braucht. Dann rufen wir bei ihnen an und fragen, ob das Wasser angekommen ist, bevor wir den Zufluss wieder sperren. Viele klagen, weil wir sie nur ungenügend mit Wasser versorgen können. Wie soll Nablus sich entwickeln können, wie die Westbank, wenn es keine Steigerung des Wasserverbrauchs geben darf?

Weshalb ist die Lage im Sommer so prekär?

20% des Wassers kommt aus Regenwasserauffangbecken. In den letzten drei Jahren hat es weniger geregnet. So ist dieser Vorratz z.B. geringer.

Könnte die Wasserbehörde nicht einfach weitere Brunnen bohren? Nablus hat doch genug Grundwasser.

Wir haben genügend Wasser, aber keinen Zugang zu diesem Wasser. Seit 1996 haben wir keine Erlaubnis mehr erhalten, einen Brunnen zu bohren. Seit 15 Jahren haben wir dieselbe Wassermenge von einer Million Kubikmeter im Jahr zur Verfügung, obwohl die Bevölkerung gewachsen ist. Wir haben vier Brunnen und fünf Regenwasserauffangbecken und müssen 200 000 Menschen mit Wasser versorgen, die Einwohner von Nablus, vier Flüchtlingslager und einige umliegenden Dörfer.

Was geschieht, wenn man ohne Erlaubnis der israelischen Besatzungsmacht einen Brunnen bohrt?

Das geht gar nicht. Das Militär überwacht das Gelände und würde sofort einschreiten. Manchmal passiert es uns, dass wir, selbst wenn wir eine Erlaubnis der Israelis haben, um eine Leitung im C-Gebiet zu verlegen, von Soldaten gestoppt werden.

Leitungen darf die Wasserbehörde verlegen?

Ja, insofern man eine Erlaubnis dafür hat. Aber hier gibt es noch ein anderes Problem. Es braucht sehr viele Monate zähe Verhandlungen, bis diese Leitungen und Zwischenstücke in die Westbank eingeführt werden dürfen. Israel befürchtet, diese Wasserrohre könnten militärisch genutzt werden.

Wie könnte Nablus seinen Wasserbedarf decken?

Das geht nur, wenn wir weitere Brunnen bohren können. Wir benötigen vier weitere, aber haben nicht eine einzige Erlaubnis bekommen.

Diese Brunnen lägen doch im palästinensisch verwalteten A-Gebiet. Da müsste doch eigentlich die palästinensische Verwaltung für die Baugenehmigung zuständig sein?

Wir müssen uns aber an die israelische Militärverwaltung wenden. Wir können im A-Gebiet nicht einmal einen Brunnen tiefer graben ohne israelische Genehmigung. Manchmal wenden wir uns an die israelische Wasserversorgung Mekorot und kaufen dort Wasser. Mekorot weigert sich manchmal und sagt, dieses Wasser würde für die Siedler benötigt.

Dieses Wasser ist vermutlich teurer?

Ja, aber unser Wasser ist ebenfalls teuer. Wir brauchen sehr viel Strom, um das Wasser zu pumpen. Den Strom kaufen wir von Israel. Die Wasserrechnung macht 5-8% der Einnahmen eines Durchschnittshaushalts aus. Das ist sehr viel, und nicht alle Menschen können ihre Wasserrechnungen bezahlen. Für die Stadtverwaltung sind die Einnahmen daraus aber nicht einmal kostendeckend.

Welche Möglichkeiten hat die Wasserbehörde noch?

Wir hoffen, dass wir die Wasserleitungsnetze austauschen können. Bisher haben wir einen Wasserverlust von 30-35%. Mit neuen Rohren wären es vermutlich noch 20-25% Verlust. Es gibt ein großes deutsches Projekt, bei dem die Rohre ausgetauscht werden, das aber auch die Abhängigkeit von der Elektrizität reduziert. 20 Millionen Euro umfasst dieses Projekt

Nablus und Ramallah sind noch relativ gut versorgt mit Wasser, aber in Betlehem oder Hebron und auch in vielen Dörfern sieht es ganz anders aus.

In Hebron haben die Menschen demonstriert und den Rücktritt des Wasserministers gefordert, wobei natürlich allen klar ist, dass es nicht in seiner Hand liegt, wieviel Wasser eine Gemeinde erhält. In den Dörfern haben alle Häuser Zisternen. Diese fassen maximal 60 Kubikmeter. Wenn sie im Sommer leer sind, wird Wasser bei Mekorot gekauft. Geber investieren gerne in Wasserleitungen, so dass es viele Dörfer mit einem Leitungssystem gibt. Das nutzt jedoch nichts, weil die Dörfer meist keinen Brunnen haben. Der Verbrauch pro Tag und pro Kopf liegt dort dann trotzdem bei nur sieben Liter.

Wie berührt die mangelhafte Wasserversorgung das Leben der Einwohner von Nablus?

Wir haben nie 24 Stunden Wasser. So ist eine Familie ständig mit dem Wasser beschäftigt. Wir untersuchen zuhause immer den Tank. Läuft gerade Wasser hinein? Wir fangen Wasser in weiteren Gefäßen auf. Haben wir kein Wasser, können wir beispielsweise keine Wäsche waschen. Wir waschen mittlerweile nur noch einmal in der Woche. Die Stadtverwaltung kann auch Tanklastzüge schicken. Das dauert aber manchmal zwei bis drei Tage, Wasser aus dem LKW erreicht die oberen Stockwerke nicht und ist sehr teuer.

Was halten Sie vom Wasser sparen?

Wir haben natürlich Kampagnen, wie man Wasser einsparen kann. Die Leute wissen mittlerweile, wie sie sorgfältig mit Wasser umgehen können. Sie wissen aber auch, dass wir genügend Grundwasser haben und wir nur unsere Rechte nicht bekommen.

*Vielen Dank.
Die Fragen stellte Wiltrud Rösch-Metzler*

Zündstoff Wasser - palästinensisch-israelischer Wasserkonflikt

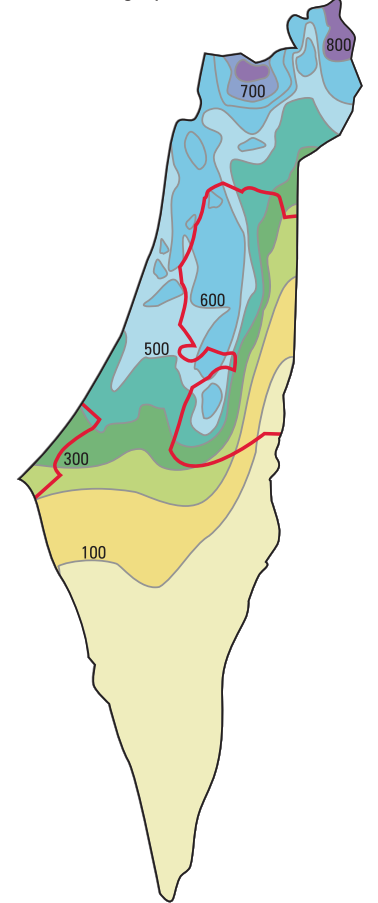
In Jerusalem fällt durchschnittlich pro Jahr mehr Regen als in Berlin. Wasserknappheit in der Westbank und im Gazastreifen ist nicht natürlich bedingt. Sie ist Folge der israelischen Wasser-Apartheid. Israel bezieht sein Wasser aus den palästinensischen Wasserressourcen und geht damit verschwenderisch um.

Keine natürliche Wasserknappheit

Der Wasserexperte Clemens Messerschmid widerspricht der Vorstellung, dass Palästina unter chronischem Wassermangel leide. Wasserknappheit ist nicht naturbedingt, sondern durch schonungslose Ausbeutung der Ressource Wasser entstanden. Der Hydrogeologe aus Ramallah belegt, dass gerade das historische Palästina (Ausnahme: Negev) und insbesondere die Bergkette der Westbank im Vergleich zu den benachbarten Staaten reich an Niederschlägen und an Wasserspeichern sind.

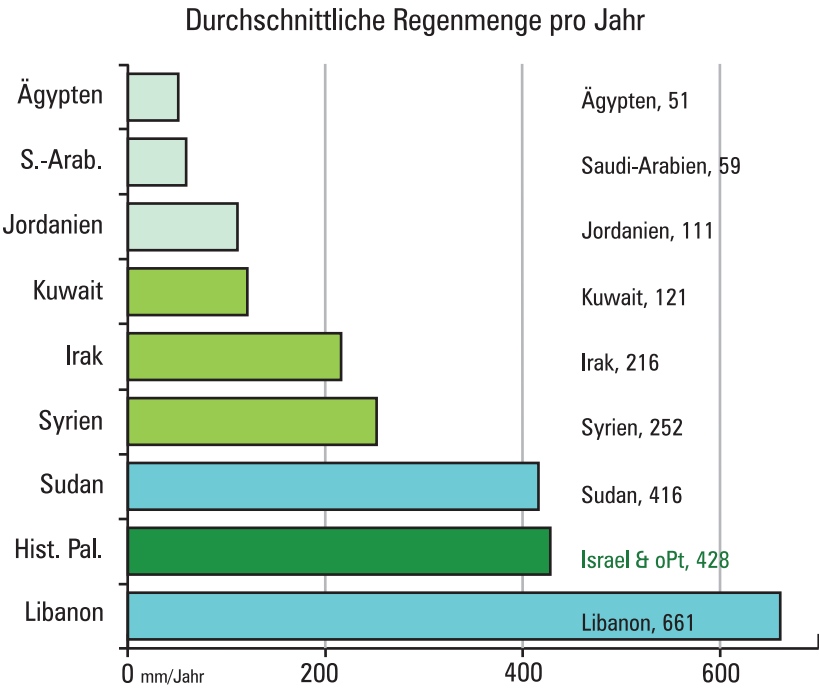
Viel Regen in der Westbank

Nicht ohne Grund sind die palästinensischen Ortschaften und Städte von Nazareth, über Nablus, Ramallah, Jerusalem, Betlehem und Hebron fast auf einer Linie der Bergkette Palästinas gelegen, denn gerade hier gibt es hohe Niederschläge, auch wenn sie von Jahr zu Jahr schwanken. So verfügt Jerusalem, in dem es seit dem Jahr 1885 Messungen über die Regenmengen gibt, über einen durchschnittlichen Niederschlagswert von 600 mm im Jahr, eine Menge die höher liegt als in Berlin. Diese Mengen wurden traditionell als Trinkwasser und für den angepassten Regenfeldbau von Getreide, Oliven, Obst und Gemüse, sowie durch Brunnen und Zisternen genutzt. Ein hoher Anteil des Niederschlagswassers versickert zudem und ist in den großen unterirdischen Grundwasserreservoirs gespeichert.



Grundwasser unter der Westbank

Die drei unterirdischen Wasserbecken, auch westlicher, nördlicher und östlicher Aquifer genannt, haben rund 390, 145 und 170 Millionen Kubikmeter Wasser. Eine Menge, die für den Bedarf der palästinensischen Bevölkerung durchaus ausreichend wäre, hätte sie die Verfügungsgewalt darüber. Weil dem nicht so ist, leiden die Palästinenser unter Wassermangel. Die Aquifere liegen zwar „unter ihren Füßen“, aber sie haben dazu keinen Zugang. Diese Reserven liegen innerhalb der besetzten Gebiete, und Israel hält diese Gebiete auch wegen ihrer Wasservorkommen besetzt. Neben dem beschlagnahmten Grund und Boden entnimmt Israel das Wasser aus den gemeinsamen Vorkommen, sowohl in der Westbank als auch im israelischen Kernland.



Kontrolle über Wasserressourcen

Israel verfügt über 78 Prozent des Territoriums des ehemaligen Mandatsgebietes Palästinas. Wichtige Wasserzuflüsse liegen aber außerhalb seiner Grenzen. Einwanderung und industrialisierter, nicht an den Gegebenheiten orientierter Landbau führten zu schnell wachsendem Wasserbedarf. In den 50er/60er Jahren sah die israelische Regierung im Zugriff auf das Jordan-Wasser den einzigen Ausweg. Und so wurde das Wasser aus dem Jordan und aus dem aus dem Libanon stammenden Litani-Fluß in die israelische Küstenebene und den Negev umgeleitet. Aus dem See Genezareth fließt fast während des gesamten Jahres kein Tropfen des früheren Jordan ab. Nur rund 2% des ursprünglichen Flusses erreichen noch das Tote Meer. Der Wasserspiegel im Toten Meer sinkt um mehr als einen Meter pro Jahr.

Seit 1967 kontrolliert Israel völkerrechtswidrig und illegal alle Grundwasserspeicher westlich des Jordan und weitgehend auch das Jordanbecken. Faktisch kontrolliert Israel die Westbank-Speicher und beutet sie aus, indem es die gesamte Wasserwirtschaft der besetzten Gebiete reguliert und dirigiert.

Israelische Militärverordnungen

Erschwerend hinzu kommen Militärverordnungen, die die Zerschlagung einer palästinensischen Wasserwirtschaft und deren Infrastruktur verfolgen. So wurden alle Wasserressourcen gemäß dem israelischen Wassergesetz von 1959 zu Staatseigentum erklärt. Und da Militärverordnungen den Status von Gesetzen besitzen, heben sie bis dahin gültige jordanische Gesetze und traditionelles Gewohnheitsrecht, wie „das Recht, den Durst zu stillen oder das Recht, zu bewässern“ auf. Durch

den Militärerlass (MO) 92 vom August 1967 wurde die alleinige Verfügungsgewalt in Wasser-Angelegenheiten der israelischen Militärverwaltung übertragen. Die MO 158 vom 19. November 1967 verbot den Bau jedweder Wasser-Einrichtung ohne Genehmigung der Militärverwaltung. Schließlich machte MO 291 vom 19. Dezember 1968 jegliche Grundwassernutzung von staatlicher (das heißt israelischer) Erlaubnis abhängig. Damit wurde die jordanischen Regelung der quasi-automatischen Bohrerlaubnis im Falle des Austrocknens eines Brunnens oder Quelle abgeschafft. Die Schaffung eines Netzes von «Schutzzonen», «Rationierungsgebieten», «Entwässerungsdistrikten», «Bodenschutzgebieten» etc. erschwerten der palästinensischen Bevölkerung den Zugang zu ihrem eigenen Wasser. Amnesty International und Menschenrechtsorganisationen kritisieren vergeblich die israelische Vorgehensweise. Unter § 1929 stellt die UN-Untersuchungskommission in ihrem Bericht über den Gaza-Konflikt vom 25.9.2009 fest: „dass die israelischen Streitkräfte rechtswidrig und mutwillig, ohne militärische Notwendigkeit ... Trinkwasseranlagen... Brunnen und Wassertanks vernichtet haben, [...] dass diese Zerstörung durchgeführt wurde, um der Zivilbevölkerung den Lebensunterhalt zu entziehen.“

Israel verbraucht Wasser aus der Westbank

Die Aufsicht über die Wassergewinnung und Wasserversorgung in den palästinensischen Gebieten übernahm die israelische Wassergesellschaft Mekorot, die auch seit 1982 die palästinensischen Orte mit dem israelischen Wassernetz verbindet und den Palästinensern das Wasser verkauft. Während Israel für sein Kernland und für die jüdischen Kolonien den größten Anteil behält, dürfen die Palästinenser ihre

Quote nicht erhöhen. Ein Bericht der Weltbank von 1993 konstatierte, die Palästinenser in der Westbank können nur 15 bis 20 Prozent des auf ihrem Gebiet zur Verfügung stehenden Wassers nutzen. Fakt ist, dass Israel über 90 Prozent aller Wasservorräte in Palästina nutzt und den Palästinensern das Recht, ihr eigenes Wasser zu nutzen, verwehrt.

Die wachsende Zahl an völkerrechtswidrigen Kolonien in den besetzten Gebieten führt naturgemäß zu einem zusätzlichen hohen Wasserverbrauch. Bis 1995 wurden fast 40 neue Brunnen alleine für die Siedlungen gebohrt und zwar in einer Tiefe von 100 bis 600 Meter. Etliche palästinensische Brunnen und ein Duzend Quellen arabischer Dörfer trockneten infolge dieser Nutzung aus. Die sattgrünen Rasenflächen und die Swimmingpools in den Siedlungen geben ein Kontrastbild zu den staubigen palästinensischen Dörfern und dürfen als Ursache für eine zunehmende Frustration der palästinensischen Bevölkerung gelten.

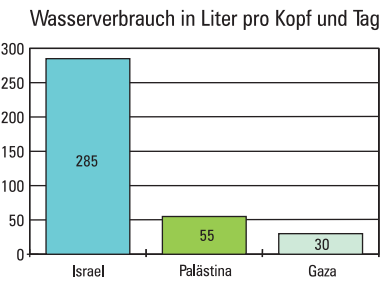
Das gesamte Westjordanland, alle Zonen A, B und C, sind von Israel abhängig. Durch die ungerechte Zuteilung hat die palästinensische Landwirtschaft kaum eine Möglichkeit, sich zu entwickeln. Infolgedessen ist der Umfang der bewässerten Flächen in den palästinensischen Gebieten stets zurückgegangen. Von israelischer Seite ist das durchaus gewollt, ergibt sich dadurch für den israelischen Staat Gelegenheit, brach liegendes Ackerland gerade wegen mangelnder Nutzung von seinen palästinensischen Eigentümern zu beschlagnahmen, um es kurz danach jüdischen Siedlern zur Verfügung zu stellen.

Palästinensern wird nicht einmal genügend Trinkwasser bereitgestellt. Eine durch Vereinbarungen festgelegte Steigerung der Wasserentnahme für die an Wasserknappheit leidende palästinensische Bevölkerung veranlasst Israel sofort und im selben Verhältnis ihre Wasserentnahme ebenfalls zu steigern. Die Zerstörungen von palästinensischen Zisternen und Brunnen zur Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser durch israelische Bulldozer sind unerträglich, menschenverachtend und diskriminierend. Sie finden statt ohne nennenswerten Widerstand der Weltgemeinschaft. Alleine durch die zusätzliche forcierte Einwanderung von bis zu einer Million Einwohnern in den letzten zehn Jahren ist ein überproportional hoher und steigender Wasserverbrauch in Israel zu verzeichnen. Neben der Versorgung dieser jüdischen Bevölkerung mit Wasser aus den besetzten Gebieten, verschlingt die israelische auf Export orientierte Landwirtschaft enorm viel Wasser.

Wasserverbrauch in der israelischen Landwirtschaft

Nach offiziellen Quellen verbraucht der landwirtschaftliche Sektor 60% des Trinkwassers, obwohl er gerade 2.6% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Wie unproduktiv und wie verschwenderisch die

se Nutzung ist, wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass zur Produktion von einem Kilo Tomaten 120 Liter und bis zur Reife von einem Kilo Orangen 450 Liter benötigt werden. Als regelrechte Wasserschlucker gelten nicht-einheimische Kulturen wie Avocados, Baumwolle und Melonen sowie Datteln. Zudem ist dies nur möglich, weil das Wasser für die Landwirtschaft subventioniert wird.



Mangelnde Wasserversorgung - Erkrankung und Verarmung

Das ungeklärte Abwasser von Jerusalem und den Kolonien wird von palästinensischen Bauern oft sogar für den Anbau ihrer Pflanzen benutzt.

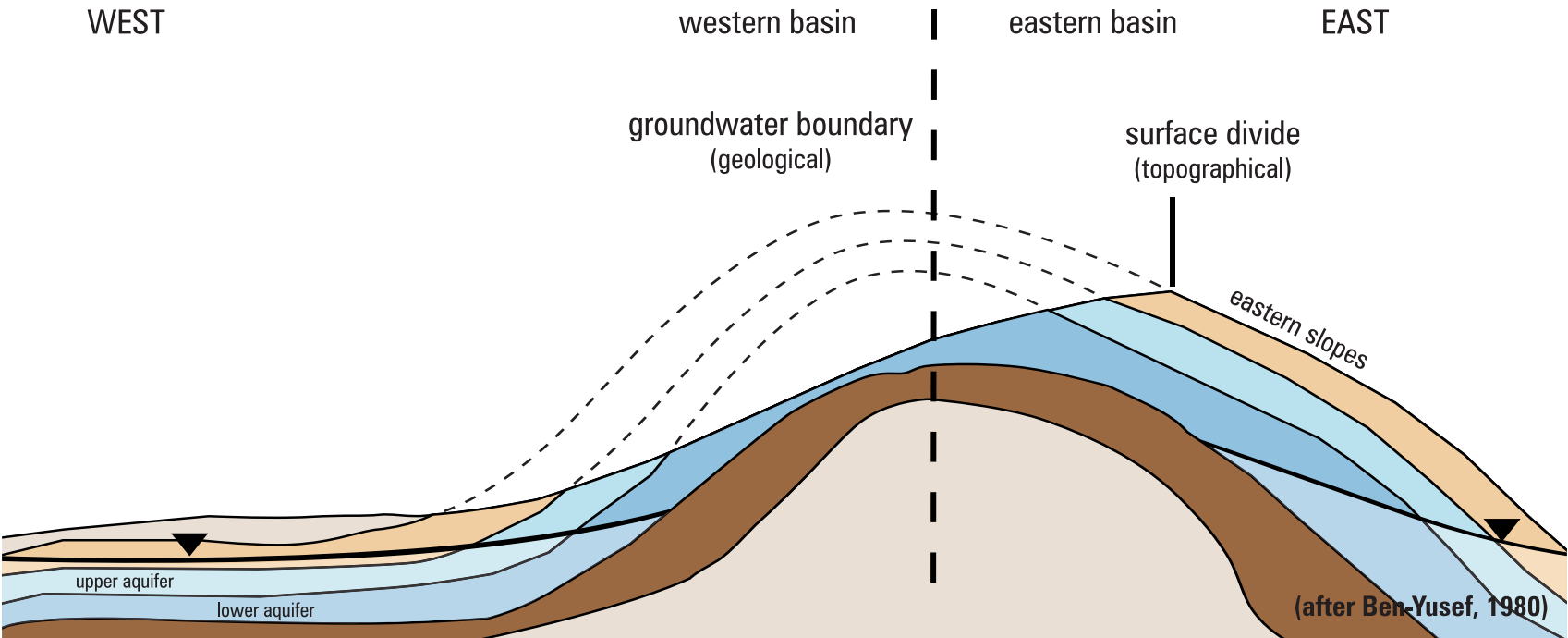
Besorgnis erregend und dramatisch ist die Wasserproblematik im Gazastreifen. Hier wuchs die Bevölkerung von einst 50.000 Einwohnern im Jahr 1948 auf das 25fache. Zurzeit leben dort 1,2 Millionen Menschen, die Wasserressourcen sind aber gleich geblieben. Die Wasserknappheit (ein Sechstel des Pro-Kopf-Verbrauchs eines Israeli) und die hohen Kosten zwingen viele arme Menschen sogar das Meerwasser zu nutzen. Der Gehalt des Trinkwassers an Nitraten ist mancherorts zehnmal höher, als nach internationalen Standards zulässig. Ärzte in Gaza nennen die schlechte Wasserqualität als Ursache einer hohen Zahl von Nieren- und Lebererkrankungen.

Der Wasserverbrauch in der Westbank liegt mit 55 Liter pro Kopf und Tag weit unterhalb der von der Weltgesundheitsorganisation festgelegtem Minimalverbrauch. Dagegen stehen 285 Liter für einen Israeli zu Verfügung.

Deutschland als Geber

Das Ziel der Bundesrepublik Deutschland, sich bei ihren Entwicklungshilfeprojekten in den palästinensischen Gebiete auf Wasserversorgung und Abwasserbehandlung zu konzentrieren, wird auf Druck von Israel nicht verwirklicht. Ein großer Teil der bewilligten Mittel konnte wegen enormer Planungshindernisse und mangelnder israelischer Genehmigungserteilung nicht investiert werden. Notwendige Brunnenbohrungen für die Versorgung der Palästinenser mit Trinkwasser hat die Bundesregierung gestoppt. Deutsche Steuerzahler haben das Recht zu erfahren, wer für den Stopp der vorgesehenen Wasser-Projekte verantwortlich ist. Die deutsche Politik darf Besatzung nicht unterstützen.

Nazih Musharbash



Weltweite Solidarität

DEUTSCHLAND:

Deutsche Bahn ist raus!

Das Bundesverkehrsministerium hat bestätigt, dass es sich bei dem israelischen Schnellbahnprojekt Tel Aviv-Jerusalem "um ein außenpolitisch problematisches und potentiell völkerrechtswidriges Vorhaben handelt". Es werde "bei diesem politisch sehr sensiblen Projekt keine weiteren Aktivitäten der DB International als Tochter der Deutschen Bahn AG geben". Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel forderte bereits seit langem von der DB den Rückzug und den Stopp jeglicher Investitionen für dieses Projekt, das eines der größten Infrastrukturprojekte Israels ist. Der Streckenverlauf der neuen Verbindung Tel Aviv-Jerusalem führt durch die besetzten palästinensischen Gebiete und setzt damit den von Israel betriebenen Landraub an palästinensischem Boden und die Zerstückelung der Westbank fort.

DEUTSCHLAND:

Gruppen gegen Soda-Club

In Hamburg haben Gruppen den Verkauf von Soda-Club-Produkten durch eine Firma in Deutschland kritisiert. Die Firma Soda Club betreibt eine Produktionsstätte in der völkerrechtswidrigen Siedlung Mishor Adumim in den besetzten palästinensischen Gebieten. Nach Gesprächen mit Vertretern der Importfirma will diese nun der Firma Soda Club mitteilen, dass sie, falls Soda Club die Niederlassung in der Westbank nicht aufgibt, die Geschäftsbeziehungen zu diesem Lieferanten aufkündigen wird.

DEUTSCHLAND:

Keine Siedlungsprodukte

In zahlreichen Geschäften in Deutschland sind israelische Siedlungsprodukte, die nicht als solche deklariert werden, erhältlich. Das gilt auch für Ahava Kosmetik. Das Unternehmen hat seinen Sitz in der völkerrechtswidrigen Siedlung Mitzpe Shalem in der Westbank und verkauft in Deutschland seine Waren ohne Kennzeichnung der Produktionsstätte. AHAVA verstößt damit auch gegen geltende Zollbestimmungen.

DEUTSCHLAND:

Jerusalem-Marathon u. Adidas

In einem offenen Brief an die Geschäftsleitung von Adidas haben Kritiker des Jerusalem-Marathons darauf hingewiesen, dass die Laufstrecke auch durch besetztes palästinensisches Gebiet führt. Deshalb wurde Adidas aufgefordert, sich für einen anderen Streckenverlauf einzusetzen oder sein Sponsering zurückzuziehen. Im März 2012 findet der nächste Jerusalem-Marathon statt. Adidas ist wieder als Sponsor genannt.

DEUTSCHLAND:

HeidelbergCement

Die HeidelbergCement-Tochter Hanson Israel betreibt im Westjordanland drei Asphalt- und Betonwerke sowie den riesigen Steinbruch Nahal Raba. Die Baustoffe werden nach Israel transportiert oder direkt für den Ausbau der israelischen Siedlungen und die völkerrechtswidrige Trennmauer verwendet. Der Steinbruch liegt auf der Gemarkung der Gemeinde Az-Zawiya unmittelbar an der Grenze zu Israel. Wo die Dorfbewohner einst Weizen anbauen und Ziegen weideten, wird nun auf 50 Hektar ihres Landes Betonzuschlag abgebaut. Brunnen, die einst zur Bewässerung dienten, wurden wegplaniert. Die Ausbeutung und Aneignung der Rohstoffe eines besetzten Gebietes durch eine Besatzungsmacht ist nach internationalem Recht verboten. Heidelberger Solidaritäts- und Friedensgruppen verlangen von HeidelbergCement die sofortige Einstellung der illegalen Aktivitäten in den besetzten Gebieten.

DEUTSCHLAND:

Dynamit Nobel

Scharfe Kritik an einer Veranstaltung des Rüstungskonzerns Dynamit Nobel Defence mit dem israelischen Botschafter in den

Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft e.V. in Berlin am 9. November 2010, dem Gedenkttag der Reichspogromnacht, haben rund vierzig Organisationen von Attac bis zur Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden geübt. Die Veranstaltung sei ein Beispiel für die Instrumentalisierung der Nazibarbarei und ihrer Opfer durch deutsche und israelische Rüstungslobbyisten. Statt dessen müssten Waffenlieferungen nach Israel unterbunden werden.

FRANKREICH: 400.000 Euro für Schiff nach Gaza

Rund 400 000 Euro hat die französische Initiative für ein Schiff nach Gaza zusammen gebracht. Das Schiff ist Teil der 2. Gazaflotte im Juni 2011. Die Koalition von über 100 Organisationen, von Christen bis Kommunisten, protestiert damit gegen die Blockade des Gazastreifens. Das Schiff wird geschickt, "weil wir nicht akzeptieren, dass den Worten unserer Regierungen keine Taten folgen und weil die erste Freiheitsflotte gezeigt hat, dass eine zivile Aktion die Mauer der Indifferenz durchbrechen kann".

FRANKREICH:

Siedlertram ohne Veolia

Die französischen Firmen Veolia und Alstom wollen aus dem Jerusalemer Tramprojekt aussteigen. Die Schnellbahn soll Westjerusalem mit den 200.000 Siedlern in Siedlungen in Ostjerusalem verbinden. Die Firma betonte, dass sie nicht aufgrund politischen Drucks aussteige, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen.

FRANKREICH:

Hilfe für Gaza-Opfer

Jamila AL-Habash, Opfer der israelischen Bombardierung von Gaza, hat Frankreich besucht. Das Mädchen (Titelbild des Palästina Journals 2/2010), das durch den Angriff beide Beine verlor, besuchte die Ausstellung des Fotografen Kai Wiedenhöfer in Paris. In Frankreich erhielt das Mädchen außerdem medizinische Behandlung.

NIEDERLANDE:

Israel-Werbung irreführend

Weil in der Golsrael Werbung in den Niederlanden die besetzten palästinensischen Gebiete als Teil von Israel ausgewiesen werden, haben zwei holländische Aktivisten, Beschwerde eingelegt. Im Material von Golsrael wird auch nicht zwischen Ost- und Westjerusalem unterschieden. In der Broschüre "Biblische Stätten für christliche Besucher" liest man, dass Jerusalem 1967 wiedervereinigt wurde. Die Reclame Code Commissie, die in Holland Reklamestandards überprüft, befand, dass die Werbung von Golsrael irreführend ist und gegen den Werbecode verstößt.

NORWEGEN:

Akademischer Boykott

Rund 100 prominente Norweger, darunter Fußball-Nationaltrainer Egil Drillo Olsen, haben sich für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels ausgesprochen, weil Bildungseinrichtungen eine Schlüsselrolle bei der Besatzung zukomme. Ein Boykott sei nicht nur notwendig, um Palästinensern zu helfen, sondern auch, um Israelis zu unterstützen, die gegen die Besatzung sind.

INTERNATIONAL:

Beduinendorf zerstört

Mit einer "urgent action" hat Amnesty international gegen die Zerstörung des Beduinendorfes Al Araqib im Negev demonstriert. Ende letzten Jahres hatten israelische Bulldozer das Dorf zum siebten Mal zerstört. 1600 zum Dorf gehörende Olivenbäume wurden ausgerissen. Über 50 der 250 Einwohner des Dorfes haben sich entschieden auf ihrem Land zu bleiben und ihre Häuser und Hütten wieder aufzubauen.

PALÄSTINA:

Boot hilft Fischern

Mit einem kleinen Beobachterboot an der Küste von Gaza wollen internationale Menschenrechtsaktivisten zukünftig palästinensische Fischer begleiten. Die Bootsbesatzung aus USA, Italien und Belgien will Übergriffe der israelischen Armee gegen die Fischer dokumentieren. Das Motorboot mit dem Namen "Oliva" ist am 20. April in Gaza ausgelaufen. In Deutschland gehören zu den Unterstützern des Bootes der Arbeitskreis Nahost Berlin, die Internationale Liga für Menschenrechte und die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost.

ÖSTERREICH:

Festival ohne Filme aus Palästina

Nachdem das Internationale Filmfestival der Menschenrechte "this human world 2010" in Wien wieder keine Filme aus Palästina im Spielplan hatte, hat die Organisation "Frauen in Schwarz" zur Festivaleröffnung Flugblätter verteilt und protestiert.

SÜDAFRIKA:

Christen für Boykott

Das Kairos Palästina Dokument von palästinensischen Christen ist in Südafrika auf Widerhall gestoßen. Christen in Südafrika schlossen sich zu Kairos Südafrika zusammen und versicherten, dass die Besatzung der Hauptkonflikt ist. Die christliche Rechtfertigung dieser Besatzung, die auf dem Zionismus basiert, sei Häresie. "Wir betrachten Israel als Apartheidstaat. Für Südafrikaner sind die Ähnlichkeiten zwischen der Situation der Palästinenser und uns unter der Apartheid klar, deutlich und extrem schmerzhaft."

USA:

Keine Investition in Besatzung

Am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2010 haben Gruppen in verschiedenen US-amerikanischen Städten zum ersten Mal Büros des größten US-Pensionsfonds TIAA-CREF besucht und die Mitarbeiter darauf hingewiesen, nicht in Firmen wie z.B. Caterpillar zu investieren, die von der Besatzung profitieren. Caterpillar Bulldozer D-9 werden eingesetzt um palästinensische Häuser und Gärten zu zerstören. TIAA-CREF hat nach Angaben des Aktionsbündnisses der Jüdischen Stimme für Frieden über eine Viertel Milliarde Dollar in Caterpillar investiert.

USA:

Tränengas aus USA

In den USA beginnen Proteste gegen die Lieferung von Tränengas nach Israel, das dort gegen palästinensische Demonstranten gegen die Mauer eingesetzt wird. Am 1. Januar 2011 verstarb die 36jährige Jawaher Abu Rahmah aus Bilin an den Folgen eines Tränengaseinsatzes während einer gewaltlosen Demonstration in Bilin. Ein Teil des von der israelischen Armee verwendeten Tränengases stammt von der US-Firma Combined Systems Inc. (CSI) in Jamestown, Pennsylvania. 2007 und 2008, hat das US State Department Tränengas und Aufstandsbekämpfungsmittel im Wert von 1,85 Millionen Dollar im Rahmen der jährlichen Militärhilfe geliefert.

Teilweise werden Tränengaskanister direkt auf Demonstranten geschossen. So starb Bassem Abu Rahma an der Sperranlage von Bilin, weil ein solches Geschoss seine Brust traf. Allein in den Dörfern Bilin und Nilin sind 18 Menschen durch Tränengaskanister verletzt worden.

INTERNATIONAL:

Kulturboykott

Die US-amerikanische Folk-Musik Legende Pete Seeger hat sich der internationalen Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen Kampagne angeschlossen. Pink Floyd Gründer, Sänger und Bassist Roger Waters unterstützt einen kulturellen Boykott Israels. Der britische Sänger war im Jahr

2005 in Israel aufgetreten. Nach einem Besuch an der Mauer sagte er das ursprünglich in Tel Aviv geplante Konzert ab und trat statt dessen im jüdisch-palästinensischen Friedensdorf Wahat As Salam/Neve Schalom auf. Waters forderte Israel auf, die Besatzung zu beenden, den Flüchtlingen die Rückkehr zu gewähren und den Palästinensern in Israel gleiche Rechte zuzugestehen.

Attentat auf Schauspieler

und Friedensaktivist

Juliano Mer-Khamis

Der Schauspieler und Friedensaktivist Juliano Mer-Khamis ist am Montag, 4. April 2011 in Jenin erschossen worden. Der 53jährige israelische Staatsbürger, Sohn einer jüdischen Mutter und eines palästinensischen Vaters, hatte vor fünf Jahren in der Westbank-Stadt Jenin das "Freiheitstheater" gegründet mit einer Schauspielschule, einem Filmworkshop und einem Kulturzentrum. Mit seinen Produktionen trat das "Freiheitstheater" auch erfolgreich in Deutschland auf. Sein Film "Arna's Kinder" über die bemerkenswerte Arbeit seiner Mutter im Flüchtlingslager Jenin ist in vielen deutschen Städten gezeigt worden.

Im Freiheitstheater von Jenin ist "Freiheit" der Leitgedanke. Es geht um Freiheit von der Besatzung, aber auch um Freiheit von sonstigen Zwängen. Das Verbrechen gegenüber dem Theater-Gründer sucht, Angst zu schüren. Es ist eine Herausforderung an Mer-Khamis Mitstreiterinnen und Mitstreiter in Jenin wie hier, die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden für Israelis und Palästinenser nicht aufzugeben. (KoPI)



Foto: Bärbel Högner

Mord an Vittorio Arrigoni:

International Solidarity Movement (ISM) bleibt im Gazastreifen

Der Journalist und ISM-Freiwillige Vittorio Arrigoni ist am 14. April 2011 im Gazastreifen entführt worden und kurz darauf von seinen Entführern brutal ermordet worden. Seine Organisation schreibt: In diesen Tagen der Trauer haben die Palästinenser zahlreiche Gedenkveranstaltungen für Vittorio organisiert. Wir wissen, dass jene Gruppe, die dieses schreckliche Verbrechen (angeblich) begangen hat, in keiner Weise die palästinensische Gesellschaft vertritt. Die Palästinenser von Gaza sind unsere Freunde, unsere Kollegen und der Grund unseres Hier-seins. Wir werden weiter an ihrer Seite stehen, wir werden weiter Bauern zu ihren Feldern an der Grenze begleiten, wir werden uns weiter an Demonstrationen beteiligen und wir werden weiter der Welt berichten, was hier im Gazastreifen in Palästina geschieht.

Vik war eine Inspiration für uns alle. Wir hoffen, dass wir seinem Beispiel folgen können. Vik möchte, dass man sich an ihn mit einem Wort von Nelson Mandela erinnert: "Ein Sieger ist nur ein Träumer, der nie aufhört zu träumen."

(ISM/dt. Ellen Rohffs)



Foto: www.arbeiterfotografie.de

Wichtige Webadressen

www.thirstingforjustice.org

Die Emergency Water Sanitation and Hygiene Group (EWASH) in den besetzten palästinensischen Gebieten, eine Koalition von 30 Menschenrechtsorganisationen, hat die neue Wasser-Kampagne "Dürsten nach Gerechtigkeit" gestartet. Die europäischen Regierungen sollen den Druck auf Israel erhöhen, damit die Wasserrechte der Palästinenser respektiert werden. Auf den Webseiten der Kampagne finden sich Ideen wie man sich beteiligen kann sowie wichtige Informationen über die Wassersituation in Palästina. Downloads für Filme und Info-Blätter zum Thema Wasser sind eingerichtet.

www.electronicintifada.net

The Electronic Intifada ist ein im Jahr 2001 gegründetes unabhängiges palästinensisches Nachrichtenportal mit gut recherchierten Analysen und Berichten zur israelischen Besatzung. Seit einigen Monaten wird der Dienst heftig attackiert. NGO Monitor, eine der israelischen Regierung nahestehende Organisation, übt Druck auf ausländische Geldgeber aus, das kritische Nachrichtenportal nicht mehr zu unterstützen. Betroffen ist der bisherige Zuschussgeber ICCO und die dänische Regierung. Die Angriffe sind Teil einer Strategie der israelischen Regierung, Organisationen, die als "Delegitimierer" bezeichnet werden, die Menschenrechtsverletzungen anprangern, und Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen unterstützen oder gleiche Rechte für Palästinenser einfordern, zum Schweigen zu bringen.

www.medico.de

Zeugenaussagen israelischer Soldaten in den Jahren 2000 bis 2010 über die Besatzung hat die israelische Reservistenorganisation Breaking the Silence veröffentlicht. Basierend auf Aussagen von mehr als 700 Soldatinnen und Soldaten unternimmt Breaking The Silence erstmalig den Versuch, die Politik zu durchleuchten, die den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Besatzung zugrunde liegt. Die Ergebnisse sind bedrückend: Die militärischen Autoritäten suggerieren der israelischen Öffentlichkeit, dass die eigene Armee allein das Ziel verfolgt, die israelische Zivilbevölkerung zu schützen. Tatsächlich dient sie aber gleichfalls einer immer ausgefeilteren Kontrolle aller Lebensaspekte der Palästinenser. Sie wird zur aktiven Veränderung des Status Quo und zur Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt. Auf der Medico Webseite finden sich Vorwort und die Einleitungen zu den vier Buchkapiteln in deutscher Sprache. Dazu ausgewählte Zeugenaussagen in englischer Sprache.

In Ausgabe 2/2010

vorgestellte Links:

www.nad.plo.org
www.hamoked.org

In Ausgabe 1/2010

vorgestellte Links:

www.palaestina-portal.eu
www.kopi-online.de
www.stophthewall.org
www.kairopalestine.ps
www.pchrgaza.org

Medien

Linkes Nahost-Dilemma beleuchtet

Sophia Deegs und Hermann Dierkes Nahost-Buch zeigt das Dilemma der deutschen Linken angesichts der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern auf. Die Parteiführung der Linken in Berlin erhielt in letzter Zeit geharnischte Briefe der israelischen Genossen. Fordern sie von ihren deutschen Parteifreunden mit Nachdruck doch eine nachhaltige Unterstützung ihres Kampfes gegen die israelische Besatzung in den Palästinenser-Gebieten. Auch die Tatsache, dass es in der Linken eine Jugendorganisation (BAK Shalom) gibt, die jedes militärische Vorgehen Israels unterstützt und Propaganda für Israel betreibt, können die israelischen Linken nicht nachvollziehen. Dass den israelischen Genossen die offizielle deutsche Nahost-Politik nicht gefällt, versteht sich von selbst: Sie machen der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin den Vorwurf, durch ihre diplomatischen Aktivitäten und militärische Zusammenarbeit einer der Akteure zu sein und für die von Israel begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht und die israelischen Kriegsverbrechen mit verantwortlich zu sein.

Die beiden Herausgeber bieten über zwanzig kompetente Autoren auf - darunter auch viele Juden und Israelis. Herausgekommen ist dabei ein Compendium, das den Nahost-Konflikt von allen Seiten beleuchtet und den Verteidigern der israelischen Politik das Argumentieren schwer macht. Denn wer die Einhaltung von humanitärem Völkerrecht und Kriebsrecht, Menschenrechtscharta und UNO-Resolutionen rundweg ablehnt und für Israel eine Sonderstellung fordert, auf welcher Basis ist da noch zu debattieren?

Arn Strommeyer

Sophia Deeg/ Hermann Dierkes (Hg.): Bedingungslos für Israel? Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten, ISP-Verlag Köln/Karlsruhe 2010, Preis: 19,80 €

Lebendige Verknüpfung von eigenem Erleben und dem Nahostkonflikt

Kaletsch, Verfasser dieses beeindruckenden 600-Seiten-Werks, hat 16 Jahre, von 1992 bis 2008, als Regierungsberater in der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit in Palästina und zeitweise auch in Israel gelebt und gearbeitet. Seine Aufgabe galt dem Aufbau des palästinensischen Berufsbildungssystems gemeinsam mit palästinensischen Counterparts. Es ist eindrucksvoll und authentisch, wenn Kaletsch "sich mit Respekt vor dem palästinensischen Volk verneigt". Gleichzeitig betont Kaletsch die historische Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden.

Was macht dieses, in zehn Kapitel unterteilte, Buch so lesenswert? Es ist erstens die ausgesprochen spannende und lebendige Verknüpfung der eigenen Erlebnisse eines deutschen Entwicklungshilfe-Beraters mit den Geschehnissen im Israel-Palästina-Konflikt. Zum Zweiten läuft vor dem Auge des Lesers die ganze dramatische Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts noch einmal ab.

Den Titel seines Buchs "Border Line. Palästina-Israel - Wer zieht die Grenzen?" hat Kaletsch klug gewählt. Er spielt darauf an, dass Israel solange kein Partner für den Frieden mit den Palästinensern sein kann, wie dieser Staat sich weigert, seine Grenzen eindeutig, abschließend und in Übereinstimmung mit internationalen Vereinbarungen festzulegen. Und er spielt darauf an, dass Israel es bislang nicht geschafft hat, seine eigenen Grenzen zu erkennen: im Verhalten den Palästinensern gegenüber, gegenüber den nur allzu berechtigten Forderungen der Völkergemeinschaft und in Bezug auf die Standards seines politischen und "moralischen" Handelns.

Das Buch enthält ein sehr nützliches 40-seitiges Indexverzeichnis, das gründliche Auskunft gibt über die Personen, Politiker und Organisationen auf palästinensischer und israelischer Seite. Hier sind auch die wichtigsten UN-Resolutionen und Abkommen in konzentrierter Form dargestellt. Welche Perspektiven sieht Kaletsch für ein dauerhaftes Ende des Nahostkonflikts? Er ist überzeugt, dass die Europäer und die Deutschen "den Schlüssel für ein Ende des Konflikts, für ein Ende der Unmenschlichkeit in Nahost und für ein Ende des Islamoterrors in der Hand halten. Wir brauchen die Tür nur aufzuschließen". In dieser doch recht optimistischen Einschätzung wird ihm nicht jeder Leser folgen wollen, und auch Kaletsch selbst scheint Zweifel zu haben. Im letzten Satz seines Buchs schreibt er vom sorgenvollen "Abwarten, was sonst noch alles auf uns zukommt".

Dieter Neuhaus

"Border Line. Palästina-Israel. Wer zieht die Grenzen?" Von Klaus-Peter Kaletsch. Wagner-Verlag 2009. Preis: 22,90 Euro

Ein dichtes Büchlein mit dem Anliegen "Mensch bleiben"

Vittorio Arrigoni, italienischer Mitarbeiter des ISM (International Solidarity Movement), beginnt seine Betrachtungen um die israelische Militäraktion in Gaza 2008/2009 mit dem Blick aufs Meer: "Der Panoramablick hat mich oft aufgerichtet, wenn ich völlig erschöpft war von der auferlegten Misere des Lebens im Belagerungszustand. Bis heute morgen. Als bei mir vor dem Fenster die Hölle losbrach." Dieser Morgen muss der 27. Dezember 2008 gewesen sein, zwei Tage nach dem christlichen Weihnachtsfest, zwischen den Feiertagen - wie man so sagt, wenige Tage vor dem "Guten Rutsch" ins Jahr 2009. Ein alter Brauch ist es, in die Zukunft schauen zu wollen: Kleine Stücke, formlos in Blei gegossen, fordern zur Deutung auf, was es möglichst Gutes im Neuen Jahr gibt. Diesem Brauch gemäß bescherte die israelische Militärmacht dem dichtest besiedelten Landstrich der Welt ein Feuerwerk von Bomben und Phosphor, "Gegossenes Blei" genannt. "Während des Angriffs auf Gaza beschrieb eine Nachrichten-sendung im Radio und im Fernsehen die Opfer in Gaza jede halbe Stunde als Terroristen und ihre massive Tötung durch Israel als einen Akt der Selbstverteidigung," schreibt der israelische Historiker Ilan Pappé im Vorwort. Es seien "reine Lügen" in "Neusprech", die ihn an die dunkleren Tage der 1930er Jahre in Europa erinnerten. "Wenn wir nicht morden, werden wir aufhören zu existieren," prognostiziert Arnon Sofer, Professor für Geographie an der Universität Haifa. Israel wird "morden müssen, morden und wieder morden." Das einzige Problem sei, wie "die jungen und die erwachsenen Männer, die sich mit den Morden auseinandersetzen müssen, es schaffen werden, nach Hause zu ihren eigenen Familien zurückzukehren, um dort wie normale Menschen weiter zu leben."

Vittorio Arrigoni gelingt mit seinem sachlichen Augenzeugenbericht mehr als eine Zusammenstellung von Informationen über die Tage des Geschehens. Ein Glossar gibt Auskunft über Begriffe und geschichtliche und politische Fakten. Beigefügt sind 16 Fotos, z.B. eines von einem im Auftrag des Heeres produzierten T-Shirts, das eine schwangere Frau im Fadenkreuz darstellt - darunter der Spruch: "Ein Schuß, zwei Tref-fer". Ein dichtes Werk, ein kleines Büchlein, das in seinem Titel und seinem Anliegen "Mensch bleiben" den Wunsch nach Menschlichkeit transportiert, der auch die Israelis miteinbezieht.

Anneliese Fikentscher

Vittorio Arrigoni, Vorwort Ilan Pappé; GAZA Dezember 2008 - Juli 2009, Mensch bleiben - Restiamo Umani, Zambon Verlag 2009, Preis: 8,00 €

LESH SABREEN?



Film: "Warum geduldig?"

Ein junges palästinensisches Paar (Sabreen und Ayman) aus Jerusalem steht im Mittelpunkt des 20minütigen Spielfilms "Lesh Sabreen?" des palästinensischen Regisseurs Muayad Mousa Alayan. Es geht um wirtschaftliche Schwierigkeiten, die konservative palästinensische Gesellschaft sowie die israelische Besatzung.

Der Regisseur sagt über seinen Film, dass er die Erfahrungen einer ganzen Generation von jungen Palästinenserinnen und Palästinensern repräsentiert, insbesondere von jungen Palästinensern aus Jerusalem wie er selbst. Der Titel zeigt aber auch, dass er diese in Frage stellen will. Neben "Warum Sabreen?" bedeutet "Lesh Sabreen?" nämlich "Warum geduldig?".

Gedreht wurde der Film 2008 in seinem Heimatdorf Beit Safafa, einem alten palästinensischen Dorf bei Jerusalem, das 1948 geteilt wurde, seit 1967 wiedervereinigt ist und durch die Ausweitung der Jerusalemer Stadtgrenzen mittlerweile vollständig zu Jerusalem gehört. Die ganze Familie unterstützte die Produktion: Der Vater half bei der Beleuchtung, die Mutter und die Tanten kümmerten sich um das Catering und der Cousin war der Drehort-Manager.

Für das Schreiben des Scripts (zusammen mit seinem Bruder und Drehbuchautor Rami Musa Alayan), die Entwicklung, die Geldbeschaffung und die Produktion brauchte der Regisseur vier Jahre. Es hat sich gelohnt. Ein sehr eindrucksvoller und sehenswerter Film ist entstanden, der mehrfach bei Filmfestivals ausgezeichnet wurde.

Petra Schöning

*"Lesh Sabreen?" von Muayad Mousa Alayan, Palästina, 2008, 20 min, Arabisch mit englischen, französischen und spanischen Untertiteln
Weitere Infos zu dem Film gibt es unter <http://www.leshsabreen.com/>. Die DVD zum Film ist beziehbär über Mec Film <http://www.mecfilm.de/>*

Film: Wassermangel im Jordantal

Der 60jährige Abd el-Rahim ist das Oberhaupt einer Beduinenfamilie in Hadidiya im Jordantal in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten. Seit 47 Jahren ist er dort als Schaf- und Ziegenhirte tätig. Das Gebiet, in dem er mit seiner Familie seit vielen Jahren lebt, hat die israelische Armee zum militärischen Sperrgebiet erklärt und den Bewohnern untersagt, dauerhafte Bauten zu errichten. Auch ihre Zelte betrachtet das israelische Militär als illegale Häuser und erließ Abrissverfügungen gegen sie. Täglich sind nun Abd el-Rahim und seine Familie der Gefahr der Zwangsräumung, der Zerstörung ihres Eigentums und mangelndem Zugang zu Wasser ausgesetzt. In den letzten Jahren wurden sie viermal zwangsweise vertrieben.

Den Bewohnern in Hadidiya ist eine Anbindung an das Strom- und Wassernetz nicht erlaubt. Sie dürfen keine neuen Brunnen bohren, noch ist es ihnen gestattet, die Brunnen oder Straßen in der unmittelbaren Umgebung zu nutzen, da sie ausschließlich für die (nach internationalem Recht dort illegal lebenden) israelischen Siedler bestimmt sind.

In einer 6 1/2minütigen Episode der Reihe SLUM STORIES von Amnesty International kommt Abd el-Rahim zu Wort und schildert

eindrucksvoll die sehr schwierigen Lebensbedingungen vor Ort: Während zum Beispiel die benachbarten Siedlungen Roi und Bakaot eine unbegrenzte Wasser- und Stromversorgung haben, muss Abd el-Rahim Wasser mit einem Traktor herbei bringen und viel mehr dafür bezahlen als die Siedler.

Petra Schöning

<http://www.slumstories.org/episode/isra%C3%ABlopt-%E2%80%93abd-el-rahim> (englisch/arabisch mit englischen Untertiteln)

Film: Eindrucksvoller Dokumentarfilm über Wasser

Wasserexperten weisen nach, dass die Wasserknappheit in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht natürlichen Ursprungs ist. Das Regenaufkommen in den Bergen der Westbank und die unterirdischen Wasserressourcen werden von der israelischen Regierung lediglich ungerecht "verteilt". "Israelische Wissenschaftler warnen vor den Folgen dieser verhängnisvollen Verteilungspolitik", ist bei Phoenix zu lesen. "Das Wasser müsse für alle zugänglich sein. Denn von den zwei Milliarden Kubikmetern Wasser, die Israel jährlich verbraucht, stammt nur ein gutes Drittel aus dem eigenen Territorium." Sehr eindrucksvoll zeigt der Film wie das Wasser, das eigentlich den Palästinensern gehört, der jüdischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Von der libanesischen Grenze donnern die Quellflüsse des Jordans in den See Genezareth. Doch am südlichen Ende fließt gerade noch ein Rinnsal die Berge bis zum Toten Meer herunter, da westlich davon das Jordanwasser in einem 16 Kilometer langen offenen Kanal nach Israel geleitet wird. Dort werden mit unglaublicher Wasserverschwendung Früchte für den Export gezüchtet, die weit billiger importiert werden könnten. Jüdische Kolonien verfügen über so viel Wasser, dass viele von ihnen sich sogar üppige Rasenflächen leisten können. Sie dürfen neue, tiefer gelegene und effiziente Brunnen bohren und erhalten fließendes Wasser. Palästinensische Bauern haben dagegen Mühe, ihre Felder angemessen zu bewässern und müssen stets befürchten, dass sie ihr Eigentum "wegen Vernachlässigung" verlieren. Für Palästinenser werden keine Genehmigungen für neue Wasserbrunnen erteilt. Sie leiden unter Wassermangel, weil ihre traditionellen Wasserbrunnen, die knapp bemessenen Zisternen und die alten Wasserleitungen aus der jordanischen Epoche nach israelischen Militär-Verordnungen weder erweitert noch repariert werden dürfen. Palästinenser sind sogar auf den Kauf ihres eigenen Wassers von den Israelis angewiesen und müssen im Sommer bis zu acht Euro für einen Kubikmeter zahlen. Fazit des Films: Nicht auszuschließen, dass der Kampf ums Wasser in absehbarer Zeit zu einem neuen Krieg führt.

Nazih Musharbash

*Dokumentation - Blut für Wasser von: Rolf Pflücke. Länge: ca. 46 Min., Phoenix-Ausstrahlung 2009
http://www.phoenix.de/bis_zum_letzten_tropfen/2008/02/26/0/68332.1.htm*

Zeitschrift: Im Lande der Bibel

Der Jerusalemsverein veröffentlicht drei Mal jährlich die Zeitschrift "Im Lande der Bibel". Darin kommen wichtige Themen des kirchlich-religiösen, politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens von Menschen in Israel und Palästina zur Sprache, vor allem die Suche nach einem friedlichen Miteinander beider Völker und den Beitrag, den Christen dazu leisten können. Der Jerusalemsverein fördert die evangelische Schul- und Gemeindearbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in

Jordanien und dem Heiligen Land (ELCJHL) und der deutschen evangelischen Einrichtungen im Heiligen Land, darunter die Schule Talitha Kumi, die Jerusalemsstiftung und die Auguste-Viktoria-Stiftung.

*Das Magazin kann kostenlos bestellt oder als PDF-Datei gelesen werden:
<http://www.jerusalemsverein.de/publikationen/im-lande-der-bibel.php>*

SCHNELLER Magazin

Das Schneller-Magazin berichtet vier Mal im Jahr aus den beiden Schneller-Schulen im Libanon und in Jordanien, die vorwiegend palästinensischen Kindern aus Flüchtlingsfamilien eine Schul- und Berufsausbildung anbieten. Reportagen, Berichte, Analysen und Interviews greifen aktuelle Themen aus der arabischen Welt auf und verknüpfen sie mit dem Leben der Schülerinnen und Schüler an den beiden Schulen. Einen besonderen Schwerpunkt legt das Schneller-Magazin auf die Situation von Christen im Nahen Osten. Das Schneller-Magazin wird in Zusammenarbeit mit den Schuldirektoren vor Ort vom Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS) produziert.

*Das Schneller-Magazin kann kostenlos bestellt oder als PDF-Datei gelesen werden:
<http://www.ems-online.org/280.html>*

Zeitschrift "INAMO"

INAMO ist eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift, die von dem gleichnamigen "Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten" herausgegeben wird. Sie wurde 1994 von Wissenschaftlern verschiedener Fachbereiche gegründet, um dem "oft bis zur Karikatur verzerrten Bild über den Nahen und Mittleren Osten einen Beitrag zum besseren Verständnis der Region entgegenzusetzen" und eine Zeitschrift herauszugeben, die abseits aller Klischees über Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der Region berichtet. INAMO fühlt sich ausschließlich dem Prinzip der Humanität und dem Gedanken der Menschenrechte verpflichtet und keinen bestimmten politischen oder ideologischen Strömungen. Die Zeitschrift gilt gleichermaßen als anspruchsvoll und gut lesbar. Eigener Anspruch ist "die Lücke zwischen oberflächlicher Medienberichterstattung einerseits und hoch spezialisierter Wissenschaft andererseits zu schließen".

<http://www.inamo.de/>



